



Vergleich der Einkommensverteilungs- politik in Deutschland und Großbritannien

Abgabe: 05. September 2011
Verfasserin: Stephanie Rose (6041764)
Holstenstraße 188
22765 Hamburg
Mobil: 0160 97364317
Email: steffi@4rose.de
Prüfer: Prof. Dr. Leonhard Hajen
Zweitprüfer: Prof. Dr. Mathias Kifmann

Zusammenfassung der Arbeit

Die Art wie in einem Land die Einkommensverteilung bewertet wird und die auf dieser Grundlage umgesetzte Verteilungspolitik kann als dasjenige Gebiet betrachtet werden, das mit am besten Aufschluss gibt über die sozialstrukturellen Eigenschaften und sozialkulturellen Einstellungen eines Landes. Die vorliegende Bachelorarbeit beschäftigt daher mit dem Thema Einkommensverteilungspolitik und versucht dabei eine sozialökonomische Perspektive einzunehmen. Die Hypothese ist dabei, dass nur wenn die soziologischen und ökonomischen Aspekte berücksichtigt werden, eine Erklärung der unterschiedlichen Verteilungsgrade im internationalen Vergleich möglich ist. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt dabei jedoch auf der ökonomischen Analyse der Einkommensverteilungspolitik, da eine ausführliche Analyse aus beiden Disziplinen den Rahmen dieses Projektes gesprengt hätte.

Einkommensverteilungspolitik wird durch die steigende Ungleichheit und die Finanz- und Wirtschaftskrise wieder stärker zum Gegenstand der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte. Diese Arbeit widmet sich daher zwei Fragestellungen. Zum einen der Frage, welche Begründungen es für die Einkommensverteilungspolitik gibt und welche wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz diese heute haben. Zum anderen wird die Frage diskutiert, was dazu führt, dass die Ungleichheit wächst und wie die Politiker in Deutschland und Großbritannien damit umgehen bzw. dazu beitragen.

Dabei gehe ich so vor, dass im ersten Teil die verschiedenen Theorien zur Einkommensverteilungspolitik kurz dargestellt und diskutiert werden. Eine ausführliche Behandlung der Argumentationsstränge ist nicht möglich, da es eine der kontroversesten und komplexesten Fragestellungen in den Sozialwissenschaften ist. Zu den Begründungsansätzen zählt die ethische Debatte, die gewissermaßen den Mainstream darstellt und von der Gerechtigkeitstheorie von Rawls geprägt ist. Zudem wird die wohlfahrtsstaatliche Sichtweise auf die Distribution behandelt. Das wohlfahrtsstaatliche Design spiegelt gewissermaßen die öffentliche und politische Beurteilung von Ungleichheit wieder. Heute bspw. „rücken die Reduktion von Armut und Ungleichheit und die Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie sozialer Integration als Aufgaben der Wohlfahrtsstaaten in Europa immer mehr in den Vordergrund.“ (S. 4). Der dritte Part diskutiert sozialökonomische Argumentationen für Einkommensverteilungspolitik und schließt das Kapitel ab. Nach einer kurzen Darstellung der Indikatoren für Einkommensverteilung, und der Entwicklung der Verteilung in den OECD-Ländern, folgt

dann die Analyse der Einkommensverteilungspolitik in Deutschland und Großbritannien. Dabei wird zum einen die Umverteilungswirkung von Steuern und Sozialleistungen und zum anderen die Umverteilungswirkung von Beschäftigungspolitik betrachtet. In dem ersten Kapitel zu Argumenten für eine Einkommensverteilungspolitik geht es nicht um eine Diskussion ihrer Sinnhaftigkeit, daher wird auch nicht speziell auf Argumentationslinien, die sich dagegen aussprechen, eingegangen. Es geht viel mehr um die verschiedenen Begründungsansätze die zur Einführung und Umsetzung von Einkommensverteilungspolitik führen können und deren theoretische und kulturelle Wurzeln. Wieso führen die sozialen Spannungen und die schwindende Akzeptanz gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Ordnung heute bspw. nicht bereits zu verstärkten Umverteilungsbemühungen?

Da die Arbeit auf einem Ländervergleich basiert und durchaus zum Ziel hat erfolgreiche Einkommensverteilungspolitiken zu identifizieren, ist es ebenso wichtig zu berücksichtigen, dass die wohlfahrtsstaatlichen Verteilungssituationen der beiden Nationen eine spezifische Entstehungsgeschichte, sowie das institutionelle Gefüge des Landes reflektieren. Zu den wohlfahrtsstaatlichen Institutionen gehören nicht nur Einrichtungen und ökonomische Organisationsformen sondern auch Normen und Werte, die sich nur durch eine soziologische Analyse erschließen lassen. Das heute in der Argumentation für Verteilungspolitik vermehrt auf die gesundheitlichen und sozialen Probleme (Kriminalität, psychische Erkrankungen etc.) eingegangen wird, die durch ungleiche Einkommen provoziert werden können, lässt sich auch durch eine sozialkulturelle Entwicklung erklären. In den gesundheits- und sozialökonomischen Begründungsansätzen stehen der individuelle Nutzen und die Kostenanalyse im Vordergrund. „Das entspricht dem neuen Gesellschaftsbild geprägt durch Individualisierung, Pluralisierung und Differenzierung, das die Soziologie auch als „zweite Moderne“ bezeichnet. Insbesondere das Phänomen der Individualisierung kann dazu führen, dass sich Menschen an ihrem individuellen Nutzen (weniger soziale und gesundheitliche Probleme zu haben) orientieren statt am Gemeinwohl (Ethik oder wohlfahrtsstaatliche Perspektiven).“ (S. 8) Die negativen Auswirkungen der Ungleichheit werden auch dadurch verstärkt, dass die moderne Gesellschaft immer stärker ökonomisiert wird und materielle Unterschiede die Rahmenstruktur für soziale Distinktion darstellen.

Deutschland und Großbritannien gehen die Ungleichheit mit verschiedenen politischen Mitteln und auch entsprechend unterschiedlichen Umverteilungserfolgen an. Die empirische Analyse der beiden Wohlfahrtsstaaten fokussiert sich auf die länderspezifischen Politikentscheidungen bzw. politischen Programme und deren

Auswirkungen auf die Entwicklung der Einkommen. Als Ausgangspunkt dient dabei die Typologie der Wohlfahrtsstaatsmodelle von Esping-Andersen, der einen liberalen-, einen konservativen- und einen sozialdemokratischen Regimetyp unterscheidet. Laut dieser Typisierung ist die Wirkung der Einkommensverteilungspolitik im liberalen Wohlfahrtsstaat schwach-, im konservativen mittel-, und im sozialdemokratischen stark ausgeprägt. Die Länderanalyse in dieser Arbeit kommt zu etwas abweichenden Ergebnissen. Großbritanniens Wohlfahrtsstaat entspricht dem liberalen Charakter mit möglichst wenig staatlichen Interventionen, Sozialleistungen, die auf Armutsbekämpfung konzentriert sind, und einem unregulierten Arbeitsmarkt. Ergänzt wird der liberale Wohlfahrtsstaat jedoch um ein soziales Moment in der Gestaltung der Rahmenbedingungen, wie universelle, soziale Dienstleistungen und einen gesetzlichen Mindestlohn. Deutschland ergänzt seinen im Grundsatz konservativen Wohlfahrtsstaat geprägt durch Sozialversicherungen und nach wie vor relativ starke Arbeitsmarktregulierungen dagegen durch liberale Elemente wie Niedriglohnpolitik und die Senkung der Sozialleistungsniveaus. Durch das soziale Element erreicht Großbritannien so eine höhere Umverteilungswirkung als durch den liberalen Regimetyp zu erwarten gewesen wäre, und der konservative Regimetyp in Deutschland wird in seiner Umverteilungspraxis durch das liberale Element gehemmt. Die Einkommensungleichheit in Deutschland ist somit seit den 80ern doppelt so stark gewachsen wie in Großbritannien. Das lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass hier nicht nur die Reichen immer reicher werden sondern durch die Niedriglohnpolitik, die Armen auch immer ärmer. Wogegen Großbritannien seit 1999 mit dem gesetzlichen Mindestlohn die Löhne nach unten hin abdeckelt. Während die Politiker das Wachstum der Ungleichheit nicht, oder nicht ganz aufhalten, entstehen weltweit Bewegungen wie bspw. der arabische Frühling und die Jugendproteste in Großbritannien, die sich für mehr Gleichheit einsetzen. Dennoch werden in vielen Ländern soziale Ausgaben drastisch gekürzt. Die Politik der Gegenwart lässt daher für die Einkommensverteilung der nächsten Jahre keine positive Prognose zu. Auch wenn sowohl Deutschland als auch Großbritannien sich für mehr Chancengleichheit einsetzen wollen, wird Einkommensgerechtigkeit nicht überflüssig. Denn Chancengleichheit ist an ähnlichen Faktoren festzumachen: Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie gewerkschaftliche Präsenz auf dem Arbeitsmarkt und umverteilende Steuer- und Transferpolitik.



Universität Hamburg

Fakultät Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften



Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Fachbereich Sozialökonomie

Thema der Bachelor-Arbeit:

**Vergleich der Einkommensverteilungspolitik
in Deutschland und Großbritannien**

Sommersemester 2011

Verfasser: Stephanie Rose
Holstenstraße 188
22765 Hamburg

Mobil: 0163 97364317

Email: steffi@4rose.de

Matrikelnummer 6041764

Abgegeben am: 05.09.2011

Prüfer: Prof. Dr. Leonhard Hajen

Zweitprüfer: Prof. Dr. Mathias Kifmann

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG	1
2 ARGUMENTE FÜR EINE EINKOMMENSVERTEILUNGSPOLITIK	2
2.1 ETHISCHE ARGUMENTE	2
2.2 WOHLFAHRTSSTAATSMODELLE.....	4
2.3 SOZIALÖKONOMISCHE ARGUMENTE.....	7
3 ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSVERTEILUNG IN DEN OECD LÄNDERN	8
3.1 INDIKATOREN DER EINKOMMENSVERTEILUNG	10
3.2 VERGLEICH DER EINKOMMENSVERTEILUNG IN DEN OECD- LÄNDERN.....	11
4 VERGLEICH DER EINKOMMENSVERTEILUNGSPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND GROßBRITANNIEN	13
4.1 DIE UMVERTEILUNGSWIRKUNG VON STEUERN UND SOZIALLEISTUNGEN	14
4.1.1 <i>Deutschland</i>	16
4.1.2 <i>Großbritannien</i>	19
4.1.3 <i>Im Vergleich</i>	22
4.2 DIE UMVERTEILUNGSWIRKUNG VON BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK.....	22
4.2.1 <i>Deutschland</i>	25
4.2.2 <i>Großbritannien</i>	29
4.2.3 <i>Im Vergleich</i>	31
4.3 DIE ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSVERTEILUNG IM VERGLEICH	33
5 FAZIT	37
LITERATURVERZEICHNIS	38
ANHANG	45

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Durchschnittliche Entwicklung der Einkommensverteilung in OECD-Staaten.....	12
Abbildung 2:	Gini-Koeffizient (in Prozent) für die Verteilung der Haushaltsäquivalenzeinkommen in Großbritannien.....	21
Abbildung 3:	Veränderungen in der Verteilung der Haushaltsäquivalenzeinkommen in Großbritannien.....	33
Abbildung 4:	Veränderungen der Verteilung von Markt- und verfügbarem Einkommen in den OECD Staaten.....	45
Abbildung 5:	Steuereinkommen nach Steuerarten in Deutschland 2000, 2005 und 2009.....	46
Abbildung 6:	Sozialbudget in Deutschland, Leistungen nach Institutionen/Systemen 2008.....	46
Abbildung 7:	Ausgaben für soziale Sicherung in Deutschland.....	47
Abbildung 8:	Ausgaben für soziale Sicherung je Einwohner in Deutschland und Großbritannien.....	47
Abbildung 9:	Effekte von Steuern und Transfers in Großbritannien 2009/10.....	48
Abbildung 10:	Arbeitslosenquote für Deutschland und Großbritannien 1999-2010.....	48
Abbildung 11:	Lohnquote Großbritannien 1960-2010.....	49
Abbildung 12:	Lohnquote Deutschland 1991-2011.....	49

1 Einleitung

Das Thema soziale Ungleichheit war seit jeher Thema öffentlicher Debatte mal mehr mal weniger. Fragen werden aufgeworfen: Wie viel Ungleichheit bei der Einkommensverteilung ist gerecht, und welche Faktoren beeinflussen den Grad der Ungleichheit? Die Ungleichheitsdebatte bekommt durch die steigende soziale Ungleichheit und die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise eine neue politische Brisanz. Die Angst vor sozialem Abstieg, die hitzige Debatte über hohe Managergehälter, das Wegbrechen der Mittelschicht und die unsichere wirtschaftliche Entwicklung der Staaten, erzeugen soziale Spannungen und schwindende Akzeptanz gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Der Unternehmens- und Politikberater Roland Berger vergleicht in seinem Buch „Inequality Puzzle“, die derzeitige Situation mit der Phase vor der französischen Revolution. Soweit würde ich derzeit nicht gehen, es lässt sich aber feststellen, dass auch das wissenschaftliche Interesse an der Thematik gestiegen ist und eine Vielzahl von Publikationen über die steigende Ungleichheit bereits existiert.

Was führt dazu, dass die Ungleichheit wächst und was tun die Politiker um dieses Wachstum zu verhindern oder umzukehren? Um diese Fragen beantworten zu können beschäftigt sich diese Arbeit mit der Einkommensverteilungspolitik in Deutschland und Großbritannien. Welche Verteilungspolitiken kommen in den beiden Ländern zur Anwendung und sind diese tatsächlich in der Lage die Ungleichheit der Einkommen zu reduzieren?

Um die Wichtigkeit und die Wahl dieses Themas zu begründen beschäftige ich mich zunächst mit der Frage, warum eine „gleichere Verteilung“ von Einkommen überhaupt wünschenswert ist. An dieser Stelle werden keine Argumente gegen Einkommensverteilungspolitik erläutert, da es nicht darum geht die Sinnhaftigkeit von Einkommensverteilungspolitik zu diskutieren sondern die verschiedenen Begründungsansätze für die Einführung und Umsetzung dieser darzustellen.

Im zweiten Teil diskutiere ich die Indikatoren der Einkommensverteilung und gebe ein kurzes Bild von der Situation der Einkommensverteilung in den OECD-Staaten. Der dritte Teil besteht dann aus dem Vergleich der Einkommensverteilung der beiden Länder Großbritannien und Deutschland. In einem ersten Schritt geht es um die Analyse der Verteilungswirkungen von Steuern und Sozialleistungen und im zweiten Schritt um die Verteilungswirkung von Beschäftigungspolitik. Die Analyse beschäftigt sich mit den länderspezifischen Politikentscheidungen bzw. politischen Programmen und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Einkommen. Diese Arbeit versucht eine

sozialökonomischen Perspektive einzunehmen indem neben ökonomischen Aspekten auch an einigen Stellen soziologische Aspekte in die Analyse einfließen.

2 Argumente für eine Einkommensverteilungspolitik

In den westlichen Industriestaaten ist es eine relativ junge Vorstellung, das soziale Ungleichheit etwas ist, gegen das man vorgehen kann und sollte.. Über viele Jahrhunderte galt Ungleichheit in unserem Kulturkreis als gottgewollt oder naturgegeben. Das änderte sich erst im Zuge der Aufklärung im 18. Jahrhundert.¹ Heute gibt es viele Argumente für einen staatlichen Eingriff in die Verteilung von Einkommen und verschiedene Modelle und Ansätze der Verteilungspolitik.

John Roemer definiert drei unterschiedliche Begründungsansätze speziell für eine „gleichere“ Einkommensverteilung und damit für Einkommensverteilungspolitik:

1. Die Theorie der Gerechtigkeit, basierend auf der Rawls,
2. Fairness in der Verteilung knapper Ressourcen, in diesem Falle monetärer Ressourcen,
3. Die negativen Effekte von Ungleichheit auf die gesellschaftliche Wohlfahrt.²

Die folgenden Abschnitte werden diese drei Begründungsansätze näher erläutern. Der erste Ansatz bezieht sich auf die Argumente der moralischen Philosophie, die heute überwiegend auf die „Theorie der Gerechtigkeit“ von Rawls³ basiert. Der zweite Ansatz gründet auf der wohlfahrtsstaatlichen Sichtweise der Distribution auch im Rahmen der vergleichenden Wohlfahrtsforschung die heute vielfach als Forschungsmethode zur Anwendung kommt. Der letzte Abschnitt befasst sich mit den negativen Effekten, d.h. gesundheitliche und soziale Probleme, die sich aus der Ungleichheit ergeben und deren Kosten.

2.1 Ethische Argumente

Der Inbegriff von Gerechtigkeit ist Gleichheit – so sieht es der Mainstream heutiger politischer Philosophie.⁴ Die politische Philosophie hat daher die Frage zu klären, was

¹Vgl. Ullrich (2005), S. 161

²Vgl. Roemer (2009), S. 24

³ Rawls (1975)

⁴ Vgl. Ladwig (ohne Datum)

„Gleichheit“ bedeutet bzw. „Gleichheit wovon“⁵ wir uns wünschen. Diese Fragen gehören jedoch zu „den dunkelsten Zonen des moralischen Bewusstseins, keinerlei geteilte Überzeugungen bieten hier eine gesicherte Wissensgrundlage.“⁶

Forderungen werden laut nach einer Philosophie, die sich an der praktischen Ungleichheitsverminderung orientiert und sich nicht ausschließlich auf die Charakterisierung vollkommen gerechter Gesellschaften konzentriert.⁷

In der Geschichte der Gerechtigkeitsideen lassen sich bereits theoretische Ansätze finden, die auf soziale Verwirklichung ausgerichtet sind. Im 17. Jahrhundert herrschte unter den Philosophen wie bspw. Thomas Hobbes oder Jean-Jacques Rousseau noch die Idee Institutionen zu charakterisieren, die eine gerechte Regelung bzw. vollkommene Gerechtigkeit für eine Gesellschaft herstellen. Im Grunde also die Frage: „Was ist Gerechtigkeit?“

Im 18. und 19. Jahrhundert entstand dann der Komparative Ansatz, der durch den Vergleich von gerechten und weniger gerechten Situationen Strategien zu entwickeln versuchte. Zu den bekannten Vertretern zählen unter anderem Adam Smith, Marquis de Condorcet, Jeremy Bentham, Karl Marx und John Stuart Mill.⁸

Amartya Sen bezeichnet die beiden Strömungen heute als „auf Verwirklichung konzentrierter Vergleich“ und den „transzendentalen Institutionalismus“, der versucht Institutionen der Gerechtigkeit zu charakterisieren.⁹ Die gegenwärtigen politischen Philosophen wie John Rawls, Ronald Dworkin, David Gauthier und Robert Nozick halten sich an den zweiten Ansatz. John Rawls ist dabei der bekannteste Gerechtigkeitsphilosoph mit seinem berühmten Werk „Theorie der Gerechtigkeit“ hat er das Interesse an dem Thema neu geweckt und eine solide Basis für die weitere Diskussion geschaffen.

Rawls beschreibt darin zwei Grundsätze der Gerechtigkeit:

1. Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist.
2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, daß (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, daß sie zu jedermanns Vorteil dienen [Differenzprinzip], und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen [Chancengleichheit].¹⁰

Damit fordert Rawls eine Verteilung der Grundgüter gemäß dem Differenzprinzip während gleichzeitig die Chancengleichheit institutionell gefördert werden soll.

⁵ Diese Frage wird besonders in Sen (2009), sowie Sen (2010) diskutiert. Siehe hierzu auch Teil 2.2

⁶ Kersting (2000), S. 2

⁷ Vgl. Sen (2010), S. 9, sowie Kersting (2003), S. 134

⁸ Vgl. Sen (2010), S. 33ff

⁹ Vgl. Sen (2010), S. 36f

¹⁰ Rawls, 1975, S. 81

Allerdings stellt Rawls in seinem zweiten Grundsatz die Freiheit über die Gleichheit.¹¹ Hier wird ein weiterer Konfliktpunkt der verschiedenen Theorien innerhalb der Ethik deutlich, neben den Frage nach „Was ist Gleichheit?“ und „Hat die Philosophie die Aufgabe sich an praktischen Umsetzungsmöglichkeiten zu orientieren?“, stellt sich innerhalb der Gerechtigkeitstheorien noch die Frage nach dem Verhältnis von Gleichheit und Freiheit.

Die liberale Meinung fordert eine Einschränkung der Umverteilung um Leistungsanreize und damit Produktivität und Innovation nicht zu mindern.¹² Der Konflikt zwischen Egalitarismus und Liberalismus, wird ähnlich wie die vorher beschriebenen Fragestellungen wohl immer diskutiert werden und kann nur in Kompromissen und Annäherungen zu praktischen Lösungen führen.

2.2 Wohlfahrtsstaatsmodelle

Im folgenden Abschnitt wird der Begriff „Wohlfahrtsstaat“ und nicht der deutsche Sozialstaatsbegriff verwendet, da dieser Begriff in der Regel für den internationalen Vergleich bevorzugt wird.¹³

Da der Wohlfahrtsstaat das Ergebnis gesellschaftspolitischer Entscheidungen ist, unterliegt er ständig den Dynamiken des politischen Systems: wandelnde Machtkonstellationen, wechselnde Mehrheitsverhältnisse im Parlament und der öffentlichen Debatte.¹⁴ Der Wohlfahrtsstaat spiegelt quasi die öffentliche und politische Beurteilung von Ungleichheit. Dabei war es nicht der Grundgedanke des Wohlfahrtsstaates, Ungleichheit zu reduzieren sondern die Grundlagen für wirtschaftliche Effektivität und soziale Stabilität zu reproduzieren.

“The welfare state was not pursued for purely egalitarian reasons. Its earliest foundations were mainly laid by conservative reformers who, like Bismarck, sought primarily to reproduce, rather than to alter, prevailing social hierarchies.”¹⁵

Heute dagegen rücken die Reduktion von Armut und Ungleichheit, und die Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie sozialer Integration als Aufgaben der

¹¹ Vgl. Sen (2010), S. 87

¹² Vgl. bspw. Nozick (1974)

¹³ Ausführliche Diskussion, siehe Kaufmann (1997), S. 21

¹⁴ Vgl. Butterwege (2006), S. 21f

¹⁵ Esping-Andersen und Myles (2009), S. 639

Wohlfahrtsstaaten in Europa immer mehr in den Vordergrund.¹⁶ Mit der Argumentation, als soziale Sicherung gegen Armut zu wirken, und zu den Gunsten des gesellschaftlichen Zusammenhalts umzuverteilen, wird redistributive Politik begründet und umgesetzt.¹⁷

Der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungspolitik stehen zwei Handlungsstrategien zur Verfügung. Erstens die Beeinflussung der Markteinkommen (Einkommen aus Arbeit, Kapital und Boden) durch Regulierung, Beschäftigungs- und Bildungspolitik und zweitens die gezielte Umverteilung der entstandenen Einkommen durch Steuern und Transfers.¹⁸ Für die Wahl der Strategie und für das Verteilungsergebnis ist entscheidend, an welcher Zielebene sich die sozialgerechte Verteilung orientiert bzw. „Gleichheit wovon“¹⁹ gefordert wird. Es werden allgemein drei Zielebenen unterschieden:

1. Chancengleichheit, die vor allem durch Familien-, Bildungs- und Steuerpolitik erreicht werden kann.
2. Leistungsgerechtigkeit, d.h., dass Beiträge und Transfers einen Einkommensbezug haben. Das Ziel ist Leistungsanreize zu erhalten indem Leistung „belohnt“ wird.
3. Bedarfsgerechtigkeit, hier werden die Bedarfe der Individuen und Haushalte ermittelt um relative Gleichheit zu erreichen.²⁰

Heute wird von vielen Wissenschaftlern und Politikern die Zielebene der Chancengleichheit bevorzugt. Da es schwierig ist, bei der Bedarfsgerechtigkeit die Angemessenheit des Bedarfs zu definieren und Leistungsgerechtigkeit sich der Kritik stellen muss, dass die Messbarkeit von Leistung begrenzt ist und neben Leistung auch Markt- und Machtstrukturen das Einkommensniveau bestimmen.²¹

Argumentiert wird dabei zudem, dass Chancengleichheit weitaus wichtiger ist als Ressourcengleichheit.²² Amartya Sen geht soweit, dass er Ressourcengleichheit nur als einen Weg zur Gleichheit der Chance betrachtet.²³ Diese Argumentation hat jedoch viele Kritiker die kontern, dass Chancengleichheit ein sinnvolles Ziel ist, sie jedoch Verteilungsgerechtigkeit nur ergänzen, nicht ersetzen darf.²⁴

¹⁶ Vgl. Hölsch (2006), S. 12

¹⁷ Vgl. Pimpertz, Horschel und Schröder (2009), S. 6

¹⁸ Vgl. Esping-Andersen und Myles (2009), S. 640

¹⁹ Vgl. Sen (2010) wobei dieser sich klar für die Zielebene der Chancengleichheit ausspricht.

²⁰ Vgl. Becker und Hauser (2004), S. 12ff

²¹ Vgl. Becker und Hauser (2004), S. 78

²² Vgl. Sen (2010), S. 291, sowie Roemer (2009), S. 37

²³ Vgl. Sen (2010), S. 293

²⁴ Vgl. Giddens (2001), S. 114, sowie Becker (2004), S. 475, Butterwege (2009), S. 253, Kersting (2003), S. 117 und Ahbe (1997), S. 212

„Chancengleichheit in den Vordergrund zu stellen, dies sei ausdrücklich betont, setzt nach wie vor eine Umverteilung von Wohlstand und Einkommen voraus...Deshalb sind Umverteilungsmechanismen notwendig, um die Lebenschancen generationsübergreifend neu zu ordnen.“²⁵

Die Zielebene der Chancengleichheit passt auch in die Programmatik des „dritten Weges“, die sich in den europäischen Ländern durchsetzt. Was genau unter dieser neuen Politik zu verstehen ist, ist derzeit noch nicht klar definiert. Sicher ist jedoch, dass sich dahinter die Vision einer neuen sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verbirgt, welche durch die Arbeiten von Anthony Giddens inspiriert worden ist.²⁶ Der „dritte Weg“ befindet sich zwischen dem „kapitalistischen-“, und dem „sozialistischen Weg“ und will die soziale Integration erreichen indem die Beschäftigungsfähigkeit der Individuen durch eine Politik der Aktivierung (Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen) hergestellt wird.²⁷ Damit wird die Verantwortung für den Einkommensbezug allein auf das Individuum übertragen und Einkommensverteilungspolitik verliert in der Theorie an Notwendigkeit.

Wohlfahrtsstaatsforschung bezieht sich heute oft auf Ländervergleiche, d.h. „vergleichende Wohlfahrtsforschung“. Die Vorteile dieser wissenschaftlichen Methode sind unter anderem ein umfassender Blick auf den eigenen Wohlfahrtsstaat und die Analyse wohlfahrtsstaatlicher Arrangements als Lösungsansätze für eigene Probleme.²⁸

Das wohl bekannteste Ergebnis der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung ist die Typologie der drei Wohlfahrtsstaatsmodelle von Esping-Andersen, die einen liberalen- von einem konservativen- und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstyp unterscheidet.²⁹ Laut dieser Typisierung ist die Wirkung der Einkommensverteilungspolitik im liberalen Wohlfahrtsstaat schwach-, im konservativen mittel- und im sozialdemokratischen stark ausgeprägt.³⁰ Wenn die verschiedenen Typen, Modelle und Politiken der wohlfahrtsstaatlichen Verteilung verglichen werden, ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die „best practices“ die spezifische Entstehungsgeschichte sowie das institutionelle Gefüge des jeweiligen Wohlfahrtsstaates reflektieren.³¹

²⁵ Giddens (2001), S. 100

²⁶ Vgl. Heise (2010), S. 207

²⁷ Vgl. Schmid (2010), S.61, sowie Kaufmann (2003), S. 54

²⁸ Vgl. Butterwegge (2006), S. 27, sowie Kaufmann (2003), S. 25

²⁹ Vgl. Esping-Andersen (1999), S. 47ff

³⁰ Vgl. Bäcker et al., (2010), S. 52. Eine ausführliche Diskussion dieser Typologien folgt in Part 4.

³¹ Vgl. Schmid (2010), S. 36

2.3 Sozialökonomische Argumente

Neben den klassischen Argumenten für Einkommensverteilungspolitik, der Ethik und des Wohlfahrtsstaatsverständnisses, entstehen heute zahlreiche Publikationen über die gesundheitlichen und sozialen Probleme die durch Ungleichheit entstehen und deren Kosten für Gesellschaft und Staat.³²

„Selbst wenn Gemeinschaften Ungleichheiten im Vergleich zu sonstigen gesellschaftlichen Anliegen weniger Bedeutung beimessen, kann die Reduzierung von Einkommensunterschieden für die Verwirklichung anderer Ziele wesentlich sein. Eine höhere Einkommensungleichheit hat zahlreiche Auswirkungen, darunter eine stärkere politische Einflussnahme der Reichen, größere Unterschiede bei den Gesundheits- und Bildungsergebnissen und eine geringere Fähigkeit zu kollektivem Handeln als Reaktion auf gemeinsame Bedrohungen.“³³

Ursache der Probleme ist dabei nicht die absolute, sondern die relative Armut (der Einkommensvergleich). Die Menschen vergleichen ihre Einkommen mit dem der Anderen, definieren damit ihren sozialen Status, und nutzen es häufig als Gradmesser für die Wertschätzung, die ihnen entgegen gebracht wird.³⁴

Da heute immer mehr Bereiche ökonomisiert, privatisiert und kommerzialisiert werden, spielt Geld (Einkommen) eine immer größere Rolle für die soziale Teilhabe und Einkommensarmut führt zu einer stärkeren sozialen Abwertung, als das in anderen Gesellschaftssystemen der Fall wäre.³⁵ Häufig versuchen Arme in reichen Gesellschaften die Einkommensarmut nach außen nicht zu zeigen und dem Konsumdruck gerecht zu werden.

Die Studie von Wilkinson und Picket zeigt eindeutig messbare Wirkungen der Einkommensverteilung auf die sozialen und gesundheitlichen Probleme in entwickelten Gesellschaften.³⁶ Nicht nur der soziale Umgang leidet unter Ungleichheit, sondern verschiedenste Probleme treten in ungleichen Gesellschaften verstärkt auf. Psychische Erkrankungen, geringere Lebenserwartungen, Adipositas, Kriminalität etc.³⁷

Die materiellen Unterschiede bieten die Rahmenstruktur für soziale Distinktion und damit auch für Zunehmende Ängste, Depressionen und geringere Selbstachtung bzw. Unsicherheit die sich teilweise in narzisstischem Individualismus ausdrückt, teilweise auch in Kriminalität, und die oben genannten Probleme verursacht.

³² Unter anderem die berühmte Studie von Wilkinson und Picket (2009)

³³ OECD (2008), S. 291

³⁴ Vgl. Wilkinson und Picket (2009), S. 28, sowie Layard (2005), S. 56 und OECD (2008), S. 291

³⁵ Vgl. Butterwege (2009), S.22, sowie Bundesregierung (2008), S. 11 und Bäcker et al.(2010), S. 213

³⁶ Vgl. Wilkinson und Picket (2009)

³⁷ Vgl. Wilkinson/ Picket (2009), S. 19

Dabei betreffen die Probleme nicht nur den ärmeren Teil der Bevölkerung sondern alle Einkommensschichten³⁸ und die Folgen belasten die Staatskasse teilweise so stark, dass für sinnvolle Investitionen oder Prävention nur noch wenige Ressourcen übrig sind.³⁹

Die Argumentation für eine Einkommensverteilungspolitik ist also sehr breit aufgestellt und zeigt in den Publikationen einen Trend zu einem gesundheits- und sozialökonomischen Begründungsansatz. Statt wie Rawls oder andere Wohlfahrtsstaatstheoretiker sich auf die ethischen Konzepte von Gerechtigkeit und Fairness zu berufen, steht dort individueller Nutzen und die Kostenanalyse im Vordergrund. Das entspricht dem neuen Gesellschaftsbild geprägt durch Individualisierung, Pluralisierung und Differenzierung, das die Soziologie als „zweite Moderne“⁴⁰ bezeichnet. Insbesondere das Phänomen der Individualisierung kann dazu führen, dass sich Menschen an ihrem individuellen Nutzen (weniger soziale und gesundheitliche Probleme zu haben) orientieren statt am Gemeinwohl (Ethik oder wohlfahrtsstaatliche Perspektive).

3 Entwicklung der Einkommensverteilung in den OECD Ländern

Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten stellen heute einen Anstieg der Einkommensungleichheit in den OECD Staaten fest.⁴¹ Andere Studien stellen dagegen gegenläufige Trends fest. Die Beobachtung abnehmender oder zunehmender Ungleichheit hängt dabei von den gewählten Messinstrumenten ab.⁴² Diese unterscheiden sich nach ihrer Eignung, zum Beispiel Sensibilität für Bewegungen am Rand der Verteilung und deren Berücksichtigung.

Durch die verschiedenen Trends, die sich auch durch die Wahl der Messinstrumente ergeben, sind unterschiedliche Hypothesen über die Entwicklung der Einkommensverteilung entstanden. Bis in die Mitte der 70er Jahre galt die „Kuznets Kurve“ als unumstritten. Simon S. Kuznet beschrieb die Entwicklung der Einkommensverteilung als umgekehrtes U, da in der ersten Phase des ökonomischen

³⁸ Vgl. Wilkinson/ Picket (2009), S. 199f

³⁹ Vgl. Wilkinson und Picket 2009, S. 267

⁴⁰ Vgl. bspw. Beck (1986)

⁴¹ Vgl. unter anderem: Wilkinson und Picket (2009), sowie OECD (2008) und Brandolini und Smeeding (2009), S. 96

⁴² Vgl. Atkinson (2003), S. 5. sowie Berger (2005), S. 466, und Ullrich (2005), S. 163

Wachstums in Industriestaaten die Ungleichheit zunimmt und durch den Anstieg des Pro-Kopf Einkommens dann wieder sinken sollte. Durch den Anstieg der Einkommensungleichheit von 1975 bis 1985 und dann noch mal verstärkt von 1985 bis 1988 wurde diese Hypothese jedoch widerlegt.⁴³ Heute sprechen dagegen viele Wissenschaftler von einer „großen Kehrtwende“ in der Entwicklung der Einkommensverteilung, hin zu mehr Ungleichheit.⁴⁴ Dies beruht auf Daten die zeigen, dass die Ungleichheit bis ca. 1980 zurückging um dann verstärkt wieder anzusteigen.⁴⁵

„In contrast to the „great U-turn“ hypothesis stands the belief that there has been little distributional change within countries, supported by a number of studies of the variation of inequality over time.“⁴⁶

Es ist also nicht möglich, einen eindeutigen Trend und dementsprechend eine eindeutige Hypothese für die Entwicklung der Einkommensverteilung zu definieren. Jede Studie interpretiert die aufgrund der Auswahl der Messinstrumente verschiedenen Ergebnisse neu und anders. Wenn aber ein Ungleichheitswachstum festgestellt wird, ist besonders interessant welche Faktoren dafür verantwortlich sein können.

Zu den Determinanten der Einkommensungleichheit gehören soziale, politische und ökonomische Faktoren.⁴⁷ Die sozialen Faktoren sind bspw. die Änderung der gesellschaftlichen Struktur, unter anderem durch den demografischen Wandel, Migration und erhöhter Frauenerwerbstätigkeit.⁴⁸ Die politischen Faktoren betreffen die Effektivität der staatlichen Umverteilungspraxis und die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates hinsichtlich der „Befähigungsmaßnahmen“ für Chancengleichheit.⁴⁹

Bei den ökonomischen Faktoren beziehen sich viele Analysen auf die Arbeitsmarkttrends. D.h. veränderte Lohnstrukturen, hohe Arbeitslosigkeit und Veränderungen bei den Arbeitsmarktinstitutionen, insbesondere der Rückgang der Gewerkschaften.⁵⁰ Weiterhin wird argumentiert, dass sowohl die fortschreitende Globalisierung als auch neue Informations- und Kommunikationstechnologien dazu geführt haben, dass sich Arbeitsplatzchancen für ungelernete und schlechter qualifizierte Arbeitnehmer deutlich reduziert haben.⁵¹ Nur selten wird berücksichtigt, dass Veränderungen auf dem Kapitalmarkt und damit bei den Kapitaleinkommen⁵² wichtige ökonomische Faktoren für

⁴³ Vgl. Atkinson (1996), S. 25

⁴⁴ Die Daten beziehen sich auf die westlichen Industriestaaten. Vgl. Alderson und Nielson (2003), S. 325

⁴⁵ Vgl. Birkel (2005), S. 1

⁴⁶ Atkinson (2003), S. 2

⁴⁷ Garcia-Peñalosa (2007), S.15, sowie OECD (2008), S. 296

⁴⁸ Vgl. bspw. Dallinger (2011), S. 85, sowie OECD (2008), S. 17f

⁴⁹ Vgl. OECD (2008), S. 300f

⁵⁰ Vgl. Atkinson (1996), S. 37 sowie OECD (2008), S. 297ff

⁵¹ Vgl. Z.B. Atkinson (2003), S. 32 sowie OECD (2008), S. 17f

⁵² Bspw. verursacht durch den weltweiten Trend der Deregulierung der Kapitalmärkte

die Einkommensverteilung sind, und sich insbesondere auf die höheren Einkommen deutlich auswirken.⁵³

”The contribution of capital income to personal income inequality and the question of its role in increasing inequality have scarcely been examined. It is to be expected that the share as well as the volatility of capital income has risen in the recent past and will rise in the future as well.”⁵⁴

Zahlreiche Phänomene führen dazu, dass sich die Einkommensverteilung über die Zeit verändert. Die Analyse eines einzelnen Faktors ist durch die komplexe Interdependenz aller Faktoren daher nur schwer möglich.

3.1 Indikatoren der Einkommensverteilung

Um die Einkommensverteilung zu untersuchen, ist es notwendig zunächst die zu messende Einkommensart und das Messinstrument zu definieren. Diese Arbeit beschäftigt sich ausschließlich mit der personellen Einkommensverteilung, d.h. Einkommen einzelner Personen oder privater Haushalte. Die Haushaltseinkommen werden in den meisten Statistiken als Äquivalenzeinkommen dargestellt. Dabei werden Mithilfe einer Äquivalenzskala die Einkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet. Der Grund ist, dass größere Haushalte aufgrund von Skaleneffekten (Einspareffekte z.B. durch größere Wohnung) nicht mit kleineren Haushalten verglichen werden können.⁵⁵ Die Wahl der Äquivalenzskala und damit letztlich der Frage „Wer braucht wie viel?“ ist jedoch „nicht frei von normativen Setzungen und letztlich von politisch-inhaltlicher Brisanz.“⁵⁶

Neben Personen- und Haushaltseinkommen werden weiterhin Markt- und das verfügbare Einkommen (auch Nettoeinkommen) unterschieden. Das Markteinkommen (primäre Verteilung der Einkommen) bezieht sich auf das Einkommen aus den Faktoren Arbeit, Kapital, betrieblicher - und privater Renten. Das verfügbare Einkommen (sekundäre Verteilung der Einkommen) stellt das durch den Staat korrigierte Einkommen dar.

Wenn man die zu betrachtende Einkommensart festgelegt hat, gibt es verschiedene Möglichkeiten, um die Einkommensverteilung abzubilden. Es herrscht kein allgemeiner Konsens darüber welche Methode die beste ist.⁵⁷ Diese Arbeit kann keine ausführliche Diskussion der verschiedenen Ungleichheitsmaße leisten. Es sei nur angemerkt, dass die

⁵³ Vgl. Atkinson (2003), S. 31

⁵⁴ Fräßdorf, Grabka und Schwarze (2008), S. 3

⁵⁵ Vgl. Deckl (2006), S. 1179

⁵⁶ Becker und Hauser (2004), S. 86f

⁵⁷ Vgl. O’Farell (2011), S 38

Maße weit über die statistische Auswertung von Verteilung hinausgehen⁵⁸ und unterschiedlich empfindlich auf Veränderungen an verschiedenen Punkten der Einkommensverteilung reagieren. Da in den meisten Quellen nur für den **Gini-Koeffizienten** die erforderlichen Daten verfügbar sind, werden die anderen Ungleichheitsmaße insbesondere die normativen Maße⁵⁹ hier vernachlässigt. Der Gini-Index ist ein Konzentrationsmaß und zeigt einen Wert von Null bei gleicher Verteilung der Einkommen und den Wert eins, wenn eine Person über das gesamte Einkommen verfügt. Der Index ist sensibel für Veränderungen in der Mitte der Verteilung und unsensibel gegenüber Veränderungen an den Rändern.⁶⁰ Aufgrund der Verfügbarkeit und der Einfachheit dieses Koeffizienten wird er in vielen Studien bevorzugt, auch zum Vergleich der Verteilungsunterschiede zwischen Markt- und verfügbarem Einkommen herangezogen.

„The standard measure of redistribution in the new literature is the percentage change in Gini coefficients that we observe as we move from market income (before taxes and transfers) to disposable income (after taxes and transfers)...“⁶¹

Weiterhin gibt es zwei häufig angewendete sehr einfache Ungleichheitsmaße. Erstens die Darstellung der Einkommensverteilung als **Häufigkeitsverteilung** von Einkommensklassen in Tabellen oder Diagrammform. Zweitens ein differenzierteres Bild durch den **Perzentil-Vergleich**. Bspw. Die 90/10-Ration, die darstellt über wie viel mehr Einkommen die oberen 10 Prozent der Einkommensverteilung im Vergleich zu den unteren 10 Prozent verfügen. Diese Maße ermöglichen jedoch keine Gesamtaussage über das Ausmaß der Einkommensungleichheit.⁶² Die Einkommensvergleiche in dieser Arbeit beruhen alle auf dem Gini-Koeffizient aber bei diesen Daten ergeben sich je nach Datenquelle und Berechnung verschiedene Ergebnisse.⁶³

3.2 Vergleich der Einkommensverteilung in den OECD- Ländern

Die Ungleichheit ist in den OECD Staaten im Durchschnitt seit den 80er Jahren kontinuierlich gestiegen, nach den Daten der OECD in Abb. 1.

⁵⁸ Vgl. Teia (1990), S. 7

⁵⁹ Die normativen Maße beruhen im Gegensatz zu den positiven Ungleichheitsmaßen auf verschiedenen Definitionen von sozialer Wohlfahrt und Wohlfahrtsverlusten. Dazu zählen unter anderem das Maß von Dalton, das Maß von Atkinson und die Axiome der additiven Separabilität. Auch diese Maße finden in der weiteren Analyse keine Anwendung und werden daher nicht weiter behandelt. Vgl. Cowell (1995), sowie Sen (2009), und Hölsch (2006)

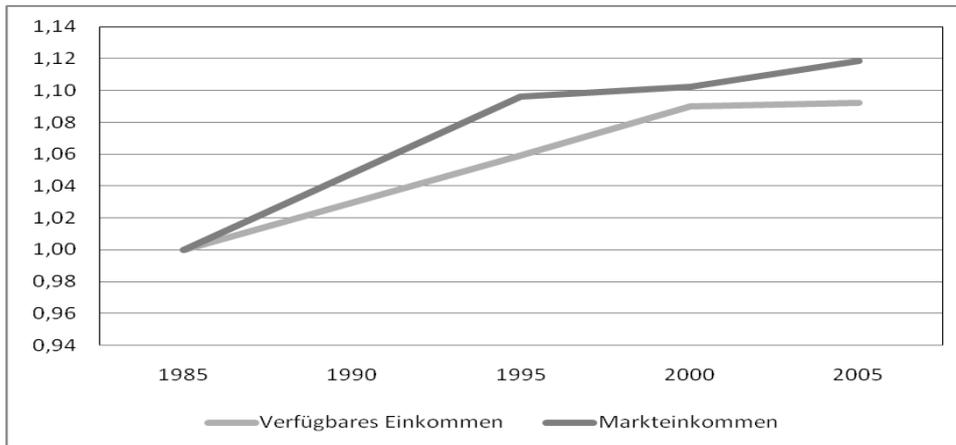
⁶⁰ Vgl. Birkel (2005), S. 4

⁶¹ McCarty und Pontusson (2009), S. 668

⁶² Ullrich (2005), S. 163f

⁶³ Vergleich der Einkommensentwicklung für Großbritannien in Abb. 2 und Abb. 4 abweichende Trends

Abbildung 1: Durchschnittliche Entwicklung der Einkommensverteilung in OECD-Staaten⁶⁴. (Gini-Koeffizient Mitte der 80er = 1,0)



Quelle: OECD (2008), S. 34

Die genaue Analyse zeigt jedoch deutliche Trendunterschiede in den einzelnen Ländern. Stark angestiegen ist die Ungleichheit bspw. in Kanada, Deutschland und Italien. In Griechenland, Frankreich, Großbritannien und Neuseeland ist sie dagegen in den letzten Jahren leicht zurückgegangen.⁶⁵

Um Rückschlüsse auf die Einkommensverteilungspolitik schließen zu können, ist es wichtig die Markt- und verfügbaren Einkommen getrennt voneinander zu vergleichen. Denn mehr Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen kann sowohl auf weniger oder uneffizientere Verteilungspolitik als auch auf eine Veränderung bei den Markteinkommen hindeuten.

Die Markteinkommen sind mit Ausnahme von Neuseeland (zeitweise auch Finnland, Deutschland, die Niederlande und Großbritannien) in allen OECD-Staaten ungleicher verteilt als die verfügbaren Einkommen.⁶⁶

Dabei spielt nicht nur der Einkommensfaktor Arbeit eine Rolle denn die Deregulierung der Finanzmärkte verstärkt die durch den Faktor Kapital verursachte Ungleichheit zusätzlich.⁶⁷

Die Lohnunterschiede sind in den letzten Jahren parallel zum Anstieg von atypischen Arbeitsverhältnissen im OECD Durchschnitt gestiegen und erhöhen damit die Differenz der Markteinkommen.⁶⁸

⁶⁴ Dabei handelt es sich um die OECD-Staaten, für die Daten zu diesen Perioden verfügbar sind.

⁶⁵ Siehe hierzu Abb. 4

⁶⁶ Siehe hierzu Abb. 4

⁶⁷ Vgl. OECD (2008), S. 306

⁶⁸ Vgl. OECD (2008), S. 83

Auch wenn die Markteinkommen ungleicher verteilt sind als die verfügbaren Einkommen, verdeutlicht Abbildung 1, dass die Ungleichverteilung der verfügbaren Einkommen seit Mitte der 80er Jahre stärker gewachsen ist, als die der Markteinkommen. Ursächlich für die steigende Ungleichheit ist also nicht in erster Linie eine ungünstigere Ausgangslage, sondern vielmehr eine sinkende Umverteilungseffektivität und –effizienz.⁶⁹

Das Bild passt zu dem allgemeinen Trend der Wohlfahrtsstaatsentwicklung.

„Angesichts abnehmender Raten des wirtschaftlichen Wachstums, der Alterung der Bevölkerung und des Fortschreitens der Globalisierung wandelte sich der Schwerpunkt der Wohlfahrtsstaatsentwicklung allmählich von seiner Ausweitung hin zu seinem Abbau.“⁷⁰

Die Phase des Abbaus wurde in Mitte der 70er Jahre mit der Wirtschaftskrise eingeläutet⁷¹ und deckt sich mit den Beobachtungen einer seitdem kontinuierlich steigenden Ungleichheit der verfügbaren Einkommen.

Um die verschiedenen Entwicklungstrends in der Einkommensverteilung erklären zu können, ist es notwendig die nationalen Verteilungspolitiken zu analysieren. Das geschieht im nächsten Kapitel für die Länder Deutschland und Großbritannien.

4 Vergleich der Einkommensverteilungspolitik in Deutschland und Großbritannien

Einkommensverteilungspolitik ist dasjenige Gebiet, das am besten Aufschluss gibt über die spezifischen sozialstrukturellen- und sozialkulturellen Eigenschaften eines Landes.⁷²

Dabei stehen den Ländern zwei Strategien zur Beeinflussung der Einkommensverteilung zur Verfügung. Erstens die Bekämpfung der Ungleichheiten durch monetäre Transfers, Steuern und Sozialabgaben nachdem diese auf dem Markt entstanden sind. Zweitens die Reduzierung der Ungleichheit bei den Markteinkommen durch die Anhebung der Beschäftigungsquote, Verbesserung der Beschäftigungschancen, Bildungs- und Lohnpolitik.⁷³

⁶⁹ Vgl. Ullrich (2005), S. 181

⁷⁰ Korpi und Palme (2003), S. 222

⁷¹ Vgl. Korpi und Palme (2003), S. 223

⁷² Vgl. Kaufmann (2004), S. 62

⁷³ Vgl. OECD (2008), S. 310

In diesem Kapitel werden die Umverteilungseffekte der beiden Strategien analysiert und dann ihre Umsetzung in den ausgewählten Ländern Deutschland und Großbritannien beobachtet und verglichen.

4.1 Die Umverteilungswirkung von Steuern und Sozialleistungen

Die Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat findet „- oberflächlich betrachtet- überall dort und in dem Maße statt, in dem die Nettoeinkommen von den Bruttoeinkommen abweichen.“⁷⁴ Die Differenz wird hauptsächlich durch Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Transferleistungen bestimmt.⁷⁵

Külp unterscheidet drei allgemeine Formen der wohlfahrtsstaatlichen Redistribution:

1. Einnahmenredistribution durch unterschiedlich hohe Steuern für die einzelnen Einkommensgruppen, z.B. durch progressive Besteuerung und Freibeträge.
2. Ausgabenredistribution durch unterschiedlich hohe Transfereinkommen für die einzelnen Einkommensgruppen.
3. „Klassische Redistribution“. Eine Mischung aus den ersten beiden Typen.⁷⁶

In den meisten Staaten kann man eine „Klassische Redistributionspolitik“ feststellen. Die verschiedenen Wohlfahrtsstaaten unterscheiden sich jedoch maßgeblich durch das genaue Design der Kombination von Einnahmen- und Ausgabenredistribution. Die wichtigsten Unterschiede im Design sind das Verhältnis von monetären Transfers zu Dienstleistungen, die Dimension der Bedürftigkeitsprüfung für Sozialleistungen und die Basis der Sozialversicherungen (universell oder leistungsabhängig).⁷⁷

Um die unterschiedlichen Designs vergleichen zu können, wird hier kurz auf die Regimetypen von Esping-Andersen eingegangen⁷⁸. Die liberalen Wohlfahrtsstaaten, zu denen Großbritannien gezählt wird, charakterisiert Esping-Andersen mit „bescheidenen Sozialleistungen“ die mit einer starken Bedarfsprüfung einhergehen. Auf der anderen Seite herrschen universalistische Programme als Grundsicherung. Die konservativen Wohlfahrtsstaaten, zu denen Deutschland zählt zeichnen sich dagegen dadurch aus, dass sie zum Teil generöse Leistungen anbieten, allerdings in Abhängigkeit der Erwerbsbiographie. Die Programme richten sich hier jeweils an spezifische Berufs- und

⁷⁴ Külp (1994), S. 319

⁷⁵ Vgl. Ullrich (2005), S. 166 sowie OECD (2008), S. 100

⁷⁶ Vgl. Külp (1994), S. 319f

⁷⁷ Vgl. McCarty und Pontussen (2009), S. 668

⁷⁸ Der „sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat“ wird hier vernachlässigt, da er für die weitere Analyse keine Relevanz hat.

Statusgruppen und wirken damit „Status erhaltend“.⁷⁹ Dementsprechend ist für Deutschland eine niedrigere Umverteilungswirkung zu erwarten als für Großbritannien.

Die „Einnahmenredistribution“ basiert darauf, dass Steuern nicht nur der staatlichen Ausgabendeckung dienen, sondern auch für soziale Gerechtigkeit bzw. den Ausgleich der Einkommensungleichheit bei den oberen Einkommensschichten erhoben werden.⁸⁰

Redistributive Effekte haben dabei vor allem die folgenden Steuerarten: Vermögenssteuer, Grundsteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalertragssteuer, Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer.⁸¹ In den meisten Ländern wurden diese Steuerarten in den letzten Jahren reduziert, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Zudem entziehen sich gerade die höheren Einkommensschichten häufig ihrer Steuerpflicht durch legale Steuerumgehung und Steuerentziehung.⁸² Demgegenüber gibt es einen Trend zu Aufrufen von Millionären und Milliardären, die eine höhere Besteuerung ihrer Vermögen fordern.⁸³

Wichtig bei der Ausgestaltung der Besteuerung hinsichtlich der Umverteilungseffekte sind zudem die Steuerart und der Steuersatz (fester Satz, progressiver Steuertarif etc.). Besonders umverteilende Wirkung wird der Steuerprogression zugesprochen, die zu einer steigenden steuerlichen Belastung bei steigendem Einkommen führt. Begründet wird die Steuerprogression häufig mit dem „Gesetz des abnehmenden Grenznutzens des Einkommens“.⁸⁴ Es gibt jedoch Gegendarstellungen, welche den Umverteilungseffekt der Steuerprogression im Verhältnis zu den Effekten der Transferleistungen gering einschätzen.⁸⁵

Weiterhin ist zwischen der Wirkung direkter und indirekter Steuern zu unterscheiden. Direkte Steuern wirken in der Regel progressiv wogegen indirekte Steuern regressive Wirkung entfalten. Es gibt für beide Fälle Ausnahmen, so kann bspw. eine indirekte Luxussteuer progressiv wirken wogegen eine direkte, pauschale Steuer (auch Kopfsteuer) regressiv wirkt.⁸⁶

Die „Ausgabendistribution“ basiert auf dem System der sozialen Sicherung, das heißt staatliche Transferleistungen wie Sozialhilfe, Mutterschaftsgeld etc. und staatliche Versicherungen wie Arbeitslosen- oder Krankenversicherung. Die Transferleistungen werden in den meisten Ländern direkt aus Steuerneinnahmen finanziert, die

⁷⁹ Vgl. Birkel (2005), S 3

⁸⁰ Vgl. Groll (2009), S. 133, sowie Giddens (2001), S. 129f

⁸¹ Vgl. Stierle (2010), S. 44f

⁸² Vgl. Külp (1994), S. 344

⁸³ Vgl. Liebert (2011)

⁸⁴ Vgl. Külp (1994), S. 324

⁸⁵ Vgl. Giddens (2001), S. 111 sowie Garfinkel, Rainwater und Smeeding (2006), S. 897

⁸⁶ Vgl. Hills (2004), S. 167f

Sozialversicherungen dagegen durch eine Sozialbeitragsfinanzierung.⁸⁷ Werden die monetären Transfers nach dem System der Bedürftigkeitsprüfung gewährleistet, kommen sie direkt den unteren Einkommensschichten zu Gute und haben damit umverteilenden Charakter.

”Most of the differences in inequality at the bottom of the income distribution—as measured by relative poverty rates—are due to cross-national differences in welfare state transfers.”⁸⁸

Bei der Sozialbeitragsfinanzierung hängt der Umverteilungseffekt von der Beitragsgestaltung (z.B. Höhe der Beitragsgrenzen und Versicherungspflicht) ab, da ansonsten durch das Versicherungsprinzip alle Versicherten dieselben Leistungen erhalten.⁸⁹ Sozialversicherungssysteme insgesamt haben eine intertemporale Verteilungsfunktion und stellen insofern keinen Ausgleich zwischen sozialen Schichten dar.⁹⁰ Die intertemporale Verteilung und damit Verteilung der Einkommen über den Lebenszyklus kann aber nicht als weniger wichtig betrachtet werden. Ob die Umverteilung zwischen Einkommensschichten (auch vertikale Verteilung) oder die intertemporale Verteilung (auch horizontale Verteilung) stärker ausgeprägt ist, hängt vom spezifischen Wohlfahrtsstaatsdesign ab. Zusammenfassend kann man sagen, dass Umverteilung zwischen den Einkommensschichten am effektivsten durch eine progressive Steuerpolitik und Sozialleistungen, die speziell auf die unteren Einkommensschichten zugeschnitten sind, betrieben wird.⁹¹

Ein Problem beim Messen der Umverteilungswirkung von Steuern und Transfers ist, dass diese nicht nur das verfügbare Einkommen beeinflussen sondern auch schon die Verteilung der Markteinkommen. Das Markteinkommen würde anders aussehen, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht damit rechnen könnten, wohlfahrtsstaatliche Transfers (z.B. Renten) zu erhalten.⁹² Diese Einflüsse auf die Markteinkommen, die auch als Effizienzverluste betrachtet werden können, sind ein Grund für die zum Teil negative Darstellung der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungspolitik in den Medien.⁹³

4.1.1 Deutschland

Deutschland ist eins der ersten Länder dass ein wohlfahrtsstaatliches Sicherungssystem eingeführt hat. Die Anfänge gehen auf den Reichskanzler Otto von Bismarck zurück, der Mitte/ Ende des 19. Jahrhunderts staatliche Kranken-, Unfall-, Alters- und

⁸⁷ Vgl. Ehlers (2010), S. 216f

⁸⁸ Garfinkel, Rainwater und Smeeding (2006), S. 897

⁸⁹ Vgl. Külp (1994), S. 343

⁹⁰ Vgl. Ullrich (2005), S. 178

⁹¹ Vgl. Esping-Andersen und Myles (2009), S. 640

⁹² Vgl. Esping-Andersen und Myles (2009), S. 640, sowie Ullrich (2005), S. 182ff

⁹³ Vgl. OECD (2008), S. 310f

Invalideversicherung einführt. Anfang des 20. Jahrhunderts kam dann auch die Arbeitslosenversicherung dazu. Die Verabschiedung der Sozialversicherungsgesetze hatte jedoch nicht zum Ziel die Einkommensverteilung zu beeinflussen sondern sollte die Bevölkerung beruhigen und einer Revolution entgegenwirken.⁹⁴ Nach dem zweiten Weltkrieg, durch die Öl- und Wirtschaftskrise in den 70er Jahren fand die erste große Reform des deutschen Wohlfahrtsstaates in Form von sozialen Kürzungen statt. Der zweite große Einschnitt war dann die Wiedervereinigung 1990, hier stand der Transfer der wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten in die neuen Bundesländer im Vordergrund. 1995 wurde die Pflegeversicherung eingeführt und danach gab es erst unter der rot-grünen Koalition nach 1998 wieder größere Reformen mit der Einführung der Rente ab 67 und der Einführung der Hartz 4 Gesetze.⁹⁵

Die Regierungszeit der großen Koalition brachte keine großen Veränderungen außer einer Ausweitung der Familienpolitik (Elterngeld und Kinderbetreuungsstruktur).⁹⁶ Als Besondere Schwierigkeit in den letzten 20 Jahren lassen sich die strukturellen Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern ausmachen. Diese werden den deutschen Wohlfahrtsstaat auch in den nächsten Jahren beschäftigen.

Die historisch gewachsenen Sozialleistungen in Deutschland lassen sich heute wie folgt darstellen:

1. die Sozialversicherungen: Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung.
2. die Gebietskörperschaften mit den sozialen Leistungen: Sozialhilfe, Kriegsopferversorgung, Arbeitslosenhilfe, gesetzliches Kindergeld, Wohngeld, sonstige Sozialleistungen.⁹⁷

Das Prinzip der Sozialversicherungen ist dabei dominant in der sozialen Sicherung und begründet unter anderem die Typisierung des deutschen Wohlfahrtsstaats als „konservatives Regime“ oder auch „Bismarck-Modell“.⁹⁸ Mehr als 60% aller Sozialleistungen werden über die Sozialversicherungen abgewickelt.⁹⁹ Die Leistungen sind nicht strikt an die Beitragshöhe gekoppelt, so dass eine leichte Umverteilungswirkung der

⁹⁴ Vgl. Schmid (2010), S.129ff

⁹⁵ Vgl. Schmid (2010), S.129ff

⁹⁶ Vgl. Schmid (2010), S.145

⁹⁷ Vgl. Hahlen (2002), S. 1046

⁹⁸ Vgl. Schmid (2010), S.133

⁹⁹ Siehe hierzu Abb. 6: Sozialversicherungsleistungen 2008: 61,4% der Sozialausgaben. Sowie vgl. Bäcker et al. (2010), S. 291

Sozialversicherungen zu erwarten ist. Allerdings ist die Umverteilungswirkung von staatlichen Versicherungsleistungen horizontaler Natur.¹⁰⁰

„Ein großer Teil der Übertragung zwischen Beitragszahlern und Sozialversicherung ist also als intertemporale Umverteilung... zu werten, während eine Umverteilung im engeren Sinne nur für das Steuersystem und steuerfinanzierte Transfers anzunehmen ist.“¹⁰¹

Im Folgenden werden die Auswirkungen des deutschen Steuersystems und im Anschluss die Wirkungen der Transfers betrachtet werden.

Steuerpolitik hat immer auch eine Verteilungswirkung und die politische und wissenschaftliche Debatte darüber wird daher von unterschiedlichen Interessengruppen geprägt. Seit Beginn der 80er Jahre ist die gesamtwirtschaftliche Steuerbelastung langsam aber kontinuierlich gesunken und die indirekten Steuern haben gegenüber den direkten Steuern an Gewicht gewonnen.¹⁰² Letzteres verursacht, dass die regressive Wirkung der Verbrauchssteuern die progressive Wirkung der Einkommenssteuer deutlich abschwächt.¹⁰³

Gerade die Steuerelemente mit starkem umverteilendem Effekt kommen in Deutschland nicht zur Anwendung. So wurde der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer 2005 auf 42% gesenkt und die Kapitalsteuer auf den pauschalen Satz von 25% festgelegt.¹⁰⁴ Auch die Vermögenssteuer wird seit 1997, wegen verfassungsrechtlicher Bedenken, bis heute ausgesetzt.¹⁰⁵ Dabei ist gerade das Kapitaleinkommen stark ungleich verteilt und eine Besteuerung an dieser Stelle könnte die Ungleichheit deutlich reduzieren.¹⁰⁶ Trotz der aktuell angespannten finanziellen Haushaltssituation diskutiert die Koalition noch Steuersenkungen.¹⁰⁷ Die aktuelle deutsche Steuerpolitik scheint wenig an Umverteilungszielen orientiert zu sein.

Wie oben genannt, zählen zu den sozialen Transferleistungen die Sozialhilfe, Kriegsopferversorgung, Arbeitslosenhilfe, gesetzliches Kindergeld, Wohngeld und sonstige Sozialleistungen. Obgleich die Sozialversicherungen im deutschen Wohlfahrtsstaat eine größere Rolle einnehmen, sind die Transfers gerade für die Einkommensverteilung von Bedeutung.¹⁰⁸ Die Arbeitslosenhilfe wurde mit der Hartz 4

¹⁰⁰ Siehe dazu Part 4.1

¹⁰¹ Becker und Hauser (2004), S. 94

¹⁰² Siehe Abb. 5, sowie Bäcker et al. (2010), S. 273f, und Bontrup (2010), S. 15

¹⁰³ Vgl. Bundesregierung (2008), S.17

¹⁰⁴ Vgl. Horn (2011), S. 54

¹⁰⁵ Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Erhebung der Vermögenssteuer 1995 für verfassungswidrig. Aufgrund der ungerechtfertigte Besserbehandlung von Immobilien gegenüber anderem Vermögen. (*Urteil des Bundesverfassungsgerichts: 2 BvL 37/91, BStBl. 1995 II, S. 655*) Statt die Immobilien höher zu bewerten, entschied sich die damalige Bundesregierung gegen eine Wiederaufnahme der Vermögenssteuer.

¹⁰⁶ Vgl. Fräßdorf, Grabka und Schwarze (2008), S. 19, sowie Bontrup (2010), S. 17

¹⁰⁷ Vgl. Ohne Autor (2011)

¹⁰⁸ Vgl. Bundesregierung (2008), S. 58

Reform im Januar 2005 grundlegend verändert und nimmt neben den Sozialversicherungsleistungen den größten Anteil am Sozialbudget mit 5,9% ein.¹⁰⁹ Das neue Modell der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz 4) ist geprägt durch ein niedriges Leistungsniveau, verschärfte Bedürftigkeitsprüfungen und strenge Zumutbarkeitsanforderungen und kann damit soziale Ängste hervorrufen. Dies gilt nicht nur für die betroffenen Langzeitarbeitslosen, sondern gleichermaßen für die große Zahl jener Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz als potenziell gefährdet ansehen und bei Arbeitslosigkeit einen tiefen sozialen Abstieg befürchten müssen.¹¹⁰

Insgesamt sind die Sozialleistungen von 1990 bis 2008 um 70,8% gestiegen, den höchsten Zuwachs hatten dabei Kindergeld und Familienausgleichszahlungen mit einem Anstieg um 251,5%.¹¹¹ Dennoch ist die Umverteilungswirkung von Steuern und Transfers seit 2000 um 10% gesunken.¹¹² Einziger Erklärungsansatz, der sich aus den hier diskutierten Daten ergibt, ist der hohe Anteil an Versicherungsleistungen bei den Sozialausgaben, die nur wenig horizontale Verteilungseffekte aufweisen. Zusammenfassend könnte man also sagen, dass durch die starke Gewichtung der Sozialversicherungen in Deutschland die Einkommen durch Steuern und Transfers in erster Linie über den Lebenszyklus verteilt werden und nicht ausgleichend zwischen den verschiedenen Einkommensklassen.

4.1.2 Großbritannien

Der britische Wohlfahrtsstaat geht auf die Phase der beginnenden Industrialisierung zurück. 1834 wurde auf Grund der sozialen Notlage das „Poor Law“ verabschiedet, eine Armenfürsorge die jedoch auf Abschreckung ausgerichtet war und daher ein sehr geringes Leistungsniveau und strenge Bedürfnisprüfung beinhaltete. Parallel zur staatlichen Armenfürsorge entwickelten sich freiwillige, kollektivistische Formen sozialer Unterstützung. 1911 mündeten diese in der Einführung einer kollektiven Sozialversicherung.¹¹³

Erst nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde der britische Wohlfahrtsstaat auf der Grundlage des „Beveridge Reports“¹¹⁴ weiter ausgebaut. Die neuen Grundsätze waren Universalität und umfassende Risikoabsicherung und führten zur Einführung von einem allgemeinen Sozialversicherungssystem, dem National Health Service, Sozialhilfe und

¹⁰⁹ Siehe hierzu Abb. 7

¹¹⁰ Vgl. Bäcker et al. (2010), S. 356

¹¹¹ Siehe hierzu Abb. 7

¹¹² Siehe hierzu Abb. 4

¹¹³ Vgl. Schmid (2010), S.185

¹¹⁴ Der „Report of the Inter- Departmental Committee on Social Insurance and Allied Services“ ist umgangssprachlich als „Beveridge-Report“ bekannt und war ein wichtiges Dokument für die Gründung des britischen Wohlfahrtsstaates. Vgl. Abel-Smith (1992)

Kindergeld.¹¹⁵ Die nächsten großen Veränderungen kamen dann erst in den 80er Jahren durch radikale Kürzungen der Sozialleistungen unter der Regierung von Margaret Thatcher.¹¹⁶ Nach dem Wahlsieg von New Labour 1997 wurde die Politik des „dritten Weges“ zum neuen Regierungsprogramm.¹¹⁷ Mit dem Ziel einer neuen gemischten Wirtschaft zwischen Regulierung und Deregulierung.

Die neue liberal-konservative Regierung unter Premierminister David Cameron seit 2010, setzt derzeit radikale Sparpläne um. Dabei werden sowohl die indirekten Steuern erhöht, was eine regressive Umverteilungswirkung befürchten lässt, als auch Sozialleistungen gekürzt.¹¹⁸ Dies führte allerdings auch zu einem anhaltend, starken politischen Druck auf die Regierung durch die einkommensschwache Bevölkerung was sich auch in den Unruhen und Protesten in britischen Großstädten im Sommers 2011 äußerte.

Die Umverteilungswirkung von Steuern hat in Großbritannien insgesamt eine geringere Wirkung als die Transfers, wie Grafik 5 erkennen lässt. Auch in Großbritannien wurden die Steuern mit hoher Umverteilungswirkung nach und nach reduziert. Seit 1980 findet eine Reduktion der höheren Einkommenssteuersätze und der Kapital- und Vermögenssteuer statt. Die Kapitalsteuer ist progressiv gestaltet, der Höchstsatz liegt jedoch nur noch bei 15%.¹¹⁹ Das gesamte direkte Steueraufkommen ist deutlich progressiv gestaltet¹²⁰ jedoch ist der Anteil der regressiv wirkenden, indirekten Steuern gestiegen und soll in den folgenden Jahren noch weiter ausgebaut werden.¹²¹

Der starke Anstieg der Ungleichheit nach Steuern Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre, den Abb. 2 darstellt, lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass in dieser Zeit die Kopfsteuer („community charge“) erhoben wurde, welche die damalige Premierministerin Margaret Thatcher eingeführt hatte und die vielleicht das Ende ihrer politischen Karriere einläutete.¹²²

Erst 2003 stieg die Bedeutung von Steuern innerhalb der Verteilungspolitik wieder deutlich an, da Sozialleistungen teilweise durch eine negative Einkommenssteuer („tax credits“) ersetzt wurden.¹²³

Abbildung 2: Gini Koeffizient (in Prozent) für die Verteilung der Haushaltsäquivalenzeinkommen¹²⁴ in Großbritannien

¹¹⁵ Vgl. Kaufmann (2003), S. 144

¹¹⁶ Vgl. Schmid (2010), S.186ff

¹¹⁷ Siehe hierzu auch Part 2.2

¹¹⁸ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2010)

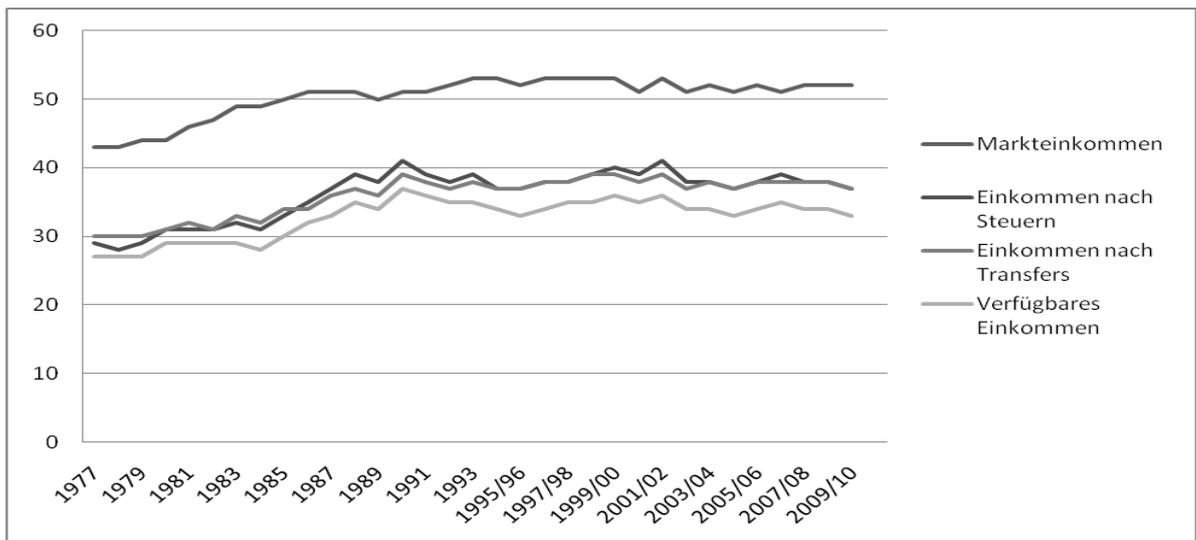
¹¹⁹ Vgl. Hills (2004), S. 93, sowie Fräßdorf, Grabka und Schwarze (2008), S. 19

¹²⁰ Siehe hierzu Abb. 8, sowie vgl. Kowall (2008), S. 13

¹²¹ Vgl. Hills (2004), S. 94, sowie Bundeszentrale für politische Bildung (2010)

¹²² Vgl. BBC (ohne Datum)

¹²³ Bspw. der „Working Families Tax Credit“. Vgl. Atkinson (2003), S. 24; sowie Hills (2004), S. 182



Quelle: eigene Darstellung, Daten: UK Office for National Statistics

Die staatlichen Transfers sind in Großbritannien deutlich an den unteren Einkommenschichten orientiert und verzeichnen daher eine hohe Umverteilungseffizienz.¹²⁵ Das soziale Sicherungssystem in Großbritannien besteht zudem aus einem hohen Anteil an sozialen Dienstleistungen.¹²⁶ Begründet liegt das vor allem im staatlichen Gesundheitssystem („National Health Service“) das als öffentliches Versorgungsprogramm aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wird.¹²⁷

Abb. 2 zeigt, dass die Ungleichverteilung der Markteinkommen zu Beginn gestiegen ist und dann auf dem erhöhten Niveau relativ kontinuierlich verläuft. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen ist von 1979 bis 1990 gewachsen, mit einem besonders starken Anstieg in den Jahren 1985-1990. In diese Zeit fällt die zweite Legislaturperiode von Margaret Thatcher, die durch eine Politik der Privatisierung und Deregulierung geprägt war.¹²⁸ Seit 1990 ist die Verteilung der verfügbaren Einkommen relativ konstant.¹²⁹ Laut den Daten der OECD Studie ist die Verteilungsungleichheit seit 2000 sogar deutlich gesunken.¹³⁰ Durch die Steuer- und Transferpolitik kann ein rückläufiger Trend so nicht erklärt werden, da im Gegenteil auch die Ausgaben für die soziale Sicherung gesunken sind.¹³¹

¹²⁴ Gewichtet nach der neuen OECD-Skala.

¹²⁵ Siehe hierzu Abb. 9 sowie vgl. Heinemann, Kraus und Mohl (2009), S. 167

¹²⁶ Siehe hierzu Abb. 9

¹²⁷ Vgl. Külpe (1994), S. 337

¹²⁸ Vgl. Henkel (2009)

¹²⁹ Siehe hierzu Abb. 2, sowie vgl. Kowall (2008), S. 8

¹³⁰ Siehe hierzu Abb. 4

¹³¹ Siehe hierzu Abb. 8

4.1.3 Im Vergleich

Im Ergebnis gibt es eine hohe Übereinstimmung der beiden Wohlfahrtsstaaten hinsichtlich ihrer Steuer- und Transferpolitik mit der idealtypischen Darstellung wohlfahrtsstaatlicher Regime nach Esping-Andersen.

Das liberale Beveridge-Modell in Großbritannien ist geprägt durch einen hohen Anteil an monetären Fürsorgeleistungen für die unteren Einkommenschichten und erzielt damit trotz einem sehr niedrigen Transferniveau eine relativ hohe Umverteilungswirkung.¹³²

Deutschland dagegen „konserviert“ durch den konservativen Wohlfahrtsstaat die Ungleichheit. Die letzten Reformen des deutschen Wohlfahrtsstaates wie die Hartz 4-Reform, die Teilprivatisierung der Sicherungssysteme durch die Riester-Rente oder Auslagerungen von Gesundheitsleistungen aus den gesetzlichen Krankenkassen haben jedoch einen eher liberalen Charakter.¹³³ Die Entwicklung der sozialen Sicherung in Deutschland zu einer liberaleren Gestaltung lässt sich auch an dem geringen Leistungsniveau, verschärften Bedürftigkeitsprüfungen und strengen Zumutbarkeitsanforderung für das Arbeitslosengeld 2 festmachen.¹³⁴ Insgesamt ist die Umverteilungswirkung der deutschen Steuer- und Transferpolitik gering, da der Wohlfahrtsstaat vor allem auf den Sozialversicherungssystemen basiert welches nur geringe vertikale Verteilungswirkung aufweist.

Gemeinsam ist beiden Staaten, dass sie spätestens seit dem Schröder-Blair Papier 1999 den „dritten Weg“ und damit aktivierende Elemente in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beschreiten und der Chancengleichheit gegenüber der Bedarfsgerechtigkeit Vorrang geben.¹³⁵ Gerade für dieses Ziel ist es aber wichtig, sich nicht auf mehr Ausgaben und mehr Steuern zu konzentrieren sondern die zugrunde liegende Ungleichheit der Markteinkommen zu reduzieren.¹³⁶ Dieser primären Verteilungspolitik widmet sich der folgende Teil der Arbeit.

4.2 Die Umverteilungswirkung von Beschäftigungspolitik

Die Beschäftigungspolitik mit der sich dieser Teil der Arbeit beschäftigt, hat als Hauptziel den Beschäftigungsgrad zu erhöhen und zu sichern und beeinflusst dadurch die Verteilung

¹³² Vgl. Stierle (2010), S. 50

¹³³ Vgl. Stierle (2010), S. 50f

¹³⁴ Vgl. Schmid (2010), S.187f

¹³⁵ Vgl. Schmid (2010), S.200. Schröder hatte in der Periode der Unterzeichnung jedoch noch keine Unterstützung seitens seiner Partei für die neue Politikrichtung.

¹³⁶ Vgl. OECD (2008), S. 16

der Markteinkommen. Die Märkte und damit die Markteinkommen sind die Ebene auf der die Ungleichheit entsteht.¹³⁷ Markteinkommen setzen sich aus den Lohn- und Gewinneinkommen zusammen.¹³⁸ Da diese Arbeit sich nicht mit Vermögenspolitik beschäftigt, wird im Folgenden vor allem die Verteilung der Lohneinkommen analysiert. Bei den Arbeitseinkommen sollte nachhaltige Verteilungspolitik ansetzen, indem die Arbeitsmarktbedingungen nachhaltig verbessert, und Arbeitslosigkeit sowie die Spreizung der Löhne reduziert werden. Steuern und Transfers verteilen dahingegen erst im Nachhinein um.¹³⁹

Die zur Verfügung stehenden Instrumente der Beschäftigungspolitik lassen sich in drei Kategorien gliedern:

1. *Nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik* (Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitskräften) darunter fällt angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, Technologiepolitik, Arbeitszeitverkürzung und –flexibilisierung und Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik

2. *Angebotsorientierte Beschäftigungspolitik* (Regulierung des Angebots an Arbeitskräften) dazu gehören Maßnahmen wie die Verkürzung der Erwerbslebensdauer, Migrationspolitik und die Verbesserung der Arbeitskräftemobilität.¹⁴⁰

3. *Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne* durch Arbeitsvermittlungspolitik, Qualifizierungspolitik und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.¹⁴¹

Im Zusammenhang mit der nachfrageorientierten Beschäftigungspolitik wird im Folgenden vor allem die Lohnpolitik¹⁴² betrachtet, da diese direkte Auswirkungen auf die Einkommensverteilung hat. Die angebotsorientierte Beschäftigungspolitik beschränkt sich im herrschenden wirtschaftspolitischen Paradigma zumeist auf den Abbau von Inflexibilitäten am Arbeitsmarkt (Deregulierung), damit hat sie keine direkte Verteilungsfunktion verursacht aber die Verbreitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen.¹⁴³ „Prekarisierung“ ist eine Bezeichnung für unsichere Beschäftigungsverhältnisse, der Begriff kommt aus der Arbeits- und Industriesoziologie.¹⁴⁴ Zu den prekären Beschäftigungstypen gehören Teilzeitarbeit, die vor allem Frauen betrifft,

¹³⁷ Vgl. Blau und Kahn (2009), S. 179

¹³⁸ Siehe hierzu auch Teil 3.1: „Markteinkommen besteht aus Arbeit, Kapital und betrieblicher und privater Renten“.

¹³⁹ Vgl. OECD (2008), S. 92, sowie Groll (2009), S. 146

¹⁴⁰ Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, Definition Beschäftigungspolitik

¹⁴¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2009)

¹⁴² Vgl. Engelkamp und Sell (2011), S. 243

¹⁴³ Vgl. Stockhammer (2005), S. 161

¹⁴⁴ Vgl. Mikl-Horke (2007), S. 327

befristete Beschäftigungsverträge und Solo-Selbstständigkeit.¹⁴⁵ Die Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse in den westlichen Ländern kann auf die gesellschaftlichen Phänomene der Globalisierung, Individualisierung, Differenzierung und Deinstitutionalisierung zurückgeführt werden, die absolute Flexibilität von den Arbeitnehmern fordern.¹⁴⁶ Das Individuum bewegt sich flexibel in dem Netz von institutionellen Vorgaben¹⁴⁷ ohne von einer Institution vertreten oder abgesichert zu werden. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse beinhalten für das Individuum das Risiko unsicherer Entlohnung im Sinne von Lohnschwankungen, Lohnausfällen, oder Niedriglöhnen.¹⁴⁸ Der Eintritt dieser Risiken erhöht die Einkommensungleichheit zwischen prekären Beschäftigungsverhältnissen und dem „Normalarbeitsverhältnis“. Neben den prekär Beschäftigten gibt es in vielen Ländern eine zunehmende Anzahl von Arbeitslosen.

„Income inequality is as much a matter of people being without income from work as of dispersion between low and high pay for those who are in work....However, the relationship between unemployment and income inequality is not straightforward.“¹⁴⁹

Arbeitslosigkeit hat eine besonders starke Wirkung auf die Verteilung der Haushaltseinkommen, denn einer der wichtigsten Effekte für das Haushaltseinkommen ist, ob einer der Haushaltsmitglieder Arbeitseinkommen bezieht.¹⁵⁰ Die Markteinkommensungleichheit ist also nicht nur durch Lohnspreizungen zu erklären, sondern auch durch die Bevölkerungsgruppen in Haushalten ohne Markteinkommen. Ein Ausfall des Markteinkommens kann sowohl durch Arbeitslosigkeit als auch durch demographische Entwicklungen wie die Alterung der Erwerbsbevölkerung in den westlichen Ländern begründet sein.¹⁵¹ Demographische Faktoren und Präferenzen für die Haushaltszusammensetzung kann die Politik nur geringfügig beeinflussen¹⁵², Arbeitslosigkeit dagegen schon.

Die Arbeitsmarktpolitik wird heute vermehrt im Sinne der „aktivierenden Politik“ gestaltet.¹⁵³ Dabei spielen die beiden Elemente „Arbeitszwang“ (z.B. durch Reduzierung der Sozialleistungen) und „Befähigungspolitik“ die entscheidenden Rollen. Deren

¹⁴⁵ Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 171ff. Solo-Selbstständigkeit bezieht sich auch auf Arbeitsverhältnisse, die aus dem Unternehmen raus in eine „Scheinselbstständigkeit“ verlagert werden.

¹⁴⁶ Vgl. Artus (2007), S. 7, sowie Kim und Kurz (2003), S. 168

¹⁴⁷ Vgl. Beck (1983), S. 14

¹⁴⁸ Niedriglohndefinition der OECD: Löhne, die bis zu zwei Drittel des Medianlohnwertes betragen. Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 16

¹⁴⁹ Hills (2004), S. 83

¹⁵⁰ Vgl. Atkinson (1996), S. 28, sowie Atkinson (2003), S. 23

¹⁵¹ Vgl. Becker (2005), S. 270f

¹⁵² Vgl. OECD (2008), S. 92

¹⁵³ OECD (2008), S. 312

jeweilige Kombination und Gewichtung unterscheidet die nationalen Varianten aktivierender Arbeitsmarktpolitik.¹⁵⁴

Die Verteilung der Arbeitseinkommen wird weiterhin durch die Arbeitsmarktinstitutionen beeinflusst, durch die Politik der Gewerkschaften, die Existenz von Mindestlöhnen und die Gestaltung von Bildungs- und Qualifikationspolitik.¹⁵⁵ Die verschiedenen Designs der Arbeitsmarktinstitutionen sind auch ein entscheidender Faktor für die unterschiedlichen Einkommensverteilungen in verschiedenen Ländern.¹⁵⁶ Um die Löhne zu stabilisieren, haben viele Länder Mindestlöhne eingeführt. Diesen wird in der Theorie sowohl ein negativer als auch ein positiver Verteilungseffekt zugeschrieben. Negativ wirken Mindestlöhne insofern als dass sie sich theoretisch negativ auf die Beschäftigung auswirken können.¹⁵⁷ Die Beschäftigungswirkung von Mindestlöhnen ist in der Theorie jedoch umstritten und auch empirische Studien kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen, tendenziell werden jedoch keine negativen Beschäftigungswirkungen festgestellt.¹⁵⁸ Die positive Verteilungswirkung von Mindestlöhnen wird dadurch erzeugt, dass das Absinken der Löhne unter ein bestimmtes Niveau verhindert wird.¹⁵⁹ Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen sind insofern von Bedeutung, als dass sie Chancen eröffnen, die sich dann in Form von Einkommen auszahlen.¹⁶⁰

Zusammenfassend kann man sagen, dass von einem hohen Grad an Gewerkschaften, Qualifizierungsmaßnahmen sowie Mindestlöhnen und allgemeiner Beschäftigungsförderung positive Verteilungseffekte ausgehen wogegen Niedriglohnpolitik, Deregulierung und Flexibilisierung zur Prekarisierung und Ungleichheit beitragen. Diese politischen Strategien mit umverteilender Wirkung werden im Folgenden anhand des Ländervergleichs näher untersucht.

4.2.1 Deutschland

Betrachtet man die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, fällt als Besonderheit vor allem der Niedriglohnsektor auf, der im EU-Vergleich sehr stark ausgeprägt ist.¹⁶¹ Die Lohnquote¹⁶² in Deutschland ist im Vergleich mit anderen Ländern

¹⁵⁴ Vgl. Dingeldey (2007), S. 189, sowie Atkinson (1996), S. 37

¹⁵⁵ Vgl. Blau und Kahn (2009), S. 197, sowie Berthold und Zenzen (2009) und S. 4, Freeman und Katz (1993), S. 22ff

¹⁵⁶ Vgl. Freeman und Katz (1993), S. 22

¹⁵⁷ Vgl. Lesch (2004), S. 14, sowie Berthold und Zenzen (2009), S. 4

¹⁵⁸ Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 6, sowie Schulten (2005), S. 198

¹⁵⁹ Vgl. Schulten (2005), S. 199

¹⁶⁰ Vgl. OECD (2008), S. 220

¹⁶¹ Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 6

¹⁶² Die Lohnquote wird definiert als das Verhältnis von Einkommen aus nicht- selbständiger Arbeit zum Volkseinkommen.

extrem zurückgegangen, von 2000 bis 2008 um ca 5%.¹⁶³ Der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommensquoten ist demgegenüber um einen ähnlichen Betrag gestiegen.¹⁶⁴

Damit spielt die Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung eine wichtige Rolle bei der zunehmenden Ungleichheit in Deutschland. Die Ausweitung niedriger Löhne in den Industriestaaten wird auch durch den Technischen Fortschritt erklärt mit der These des „skill biased technical change“ (SBTC). Demnach verschiebt sich die relative Arbeitsnachfrage zu Gunsten der Hochqualifizierten, die Nachfrage nach schlechter qualifizierten Arbeitskräften sinkt und damit auch deren Arbeitseinkommen.¹⁶⁵ Weiterhin ist ein Lohngefälle aufgrund europäischer Arbeitsmigration zu befürchten.¹⁶⁶

Neben den globalen Arbeitsmarktentwicklungen gibt es aber auch politische Maßnahmen auf nationaler Ebene, die ein Wachstum des Niedriglohnssektors vorantreiben wie Konjunkturphasen, zunehmende Teilzeitarbeit und aktuelle Arbeitsmarktreformen.¹⁶⁷ Die Verbreitung niedriger Löhne zählt zur Standorts- und Wettbewerbspolitik Deutschlands und ist die vorherrschende Maßnahme zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit insbesondere im Bereich der Dienstleistungen.¹⁶⁸ Die erwarteten Beschäftigungsgewinne als Resultat der nachhaltigen Lohnzurückhaltung sind jedoch bisher nicht eingetreten.¹⁶⁹ Dieser Misserfolg lässt die gesunkenen Löhne direkt auf die Einkommensungleichheit einwirken.

Da es in Deutschland keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt, hängen die Lohnsätze unmittelbar von den Tarifverträgen ab. Warum Deutschland keinen Mindestlohn hat, lässt sich auch historisch erklären. Negative Interventionen in die Lohnpolitik während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, haben dazu geführt, dass die Tarifautonomie grundgesetzlich geschützt ist.¹⁷⁰ Das System der Tarifpolitik in Deutschland wird von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bestimmt und nicht wie in vielen EU-Ländern durch staatliche Mindestlohnregelungen ergänzt.¹⁷¹ Es gibt jedoch verschiedene Gründe die dazu führen, dass heute verstärkt über die Einführung eines Mindestlohns diskutiert wird. Dazu gehören rückläufige Tarifbindungen, das Wachstum

¹⁶³ Siehe hierzu Abb. 12

¹⁶⁴ 1991-2007: +7,5% vgl. Breyer und Buchholz (2008), S. 52

¹⁶⁵ Vgl. Berthold und Zenzen (2009), S. 4, sowie Atkinson (2003), S. 3

¹⁶⁶ Vgl. Schulten (2005), S. 186

¹⁶⁷ Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 17

¹⁶⁸ Vgl. Bäcker et al. (2010), S. 237

¹⁶⁹ Vgl. Hirschel (2005), S. 154, sowie Horn (2011), S. 52f

¹⁷⁰ Grundsatz der Tarifautonomie in Art 9 Abs 3 GG. Vgl. Schulten (2005), S. 185

¹⁷¹ Vgl. Bäcker et al. (2010), S. 250, sowie Bundesregierung (2008), S. 14

des Niedriglohnssektors, Einkommensarmut die staatliche Transfers notwendig macht und tariflich vereinbarte Stundenlöhne die teilweise weit unter der Niedriglohngrenze liegen.¹⁷²

Im Folgenden werden die Maßnahmen der Bundesregierung zur Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte betrachtet und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die damit einhergehende Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse finden seit den 80er Jahren in Deutschland statt.¹⁷³ Das Arbeitsrecht wurde so reformiert, dass das „Normalarbeitsverhältnis“ mit unbefristeter Beschäftigung, Kündigungsschutz und Sozialversicherungen ausgehöhlt wird.¹⁷⁴ Geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Solo-Selbstständigkeit und befristete Arbeitsverträge nehmen deutlich zu.¹⁷⁵ Diese Entwicklungen erhöhen die Einkommensungleichheit und lassen auch für die Zukunft eine Zunahme erwarten.¹⁷⁶ Dennoch ist der konservative Wohlfahrtsstaat im internationalen Vergleich als „geschlossenes Beschäftigungssystem, mit gutem Arbeitnehmerschutz“ charakterisiert. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse betreffen daher am ehesten die Arbeitsmarkteinsteiger.¹⁷⁷

Der Einfluss der Gewerkschaften, der sich positiv auf die Einkommensverteilung auswirken könnte, ist in Deutschland deutlich zurückgegangen.¹⁷⁸ Die Gewerkschaften verlieren an Macht und haben einen deutlichen Rückgang bei den Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Damit verlieren auch die Tarifbindungen, die faire Lohnniveaus und Arbeitsbedingungen garantieren sollten an Einfluss.¹⁷⁹ Es besteht daher ein direkter Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Gewerkschaftsmacht und dem Anstieg der Einkommensungleichheit.¹⁸⁰

Die allgemeinen Beschäftigungsmaßnahmen scheinen Erfolg zu haben, wenn man sich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen anschaut. Seit 2005 ist die Arbeitslosenquote um 4.1% gesunken.¹⁸¹ Das der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit der Einführung von Hartz 4

¹⁷² Vgl. Ochel (2008), sowie Bosch und Weinkopf (2006), S. 6ff

¹⁷³ Erste Deregulierungsmaßnahme: Einführung der „Expertenkommission zum Abbau marktwidriger Regulierungen“ unter Bundeskanzler Kohl, vgl. Deumelandt (2010), S. 24; Wichtigste Deregulierungsmaßnahmen: Öffnungsklausel für Tarifverträge und die Erleichterung für befristet Arbeitsverträge durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985. vgl. Kim und Kurz (2003), S. 170

¹⁷⁴ Vgl. Horn (2011), S. 51

¹⁷⁵ Vgl. Bundesregierung (2008), S. 86

¹⁷⁶ Vgl. Deumelandt (2010), S. 82

¹⁷⁷ Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 169

¹⁷⁸ Vgl. Lesch (2004), S. 2

¹⁷⁹ Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 6

¹⁸⁰ Vgl. Berthold und Zenzen (2009), S. 19

¹⁸¹ Siehe hierzu Abb. 10

zusammenfällt ist kein Zufall sondern kann teilweise gerade dadurch erklärt werden.¹⁸² 2002-2005 wurden die Hartz Reformen 1-4 eingeführt, die sich zum größten Teil als „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ charakterisieren lassen.¹⁸³ Deutschland startete erst 1998 und damit im internationalen Vergleich erst relativ Spät mit „aktiver Arbeitsmarktpolitik“.¹⁸⁴ Wie in 4.2 bereits beschrieben besteht diese aus den beiden Elementen „Zwang“ und „Befähigung“ zur Arbeit. Der Arbeitszwang wurde durch die Hartz 4 Reformen 2005 deutlich verstärkt. Die Empfänger sind verpflichtet jede Form von Beschäftigung anzunehmen und zudem wurden Ein-Euro-Jobs ausgebaut, welche die Transferleistung lediglich um eine Art Aufwandsentschädigung erhöhen.¹⁸⁵ Die Zwangsmaßnahmen verstärken jedoch auch den Lohndruck, da die Bezieher jedes Jobangebot anzunehmen unabhängig von Lohn- und Tarifstandards annehmen müssen.¹⁸⁶ Durch diese Maßnahmen und die Einführung von Kurzarbeitszeit während der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten die Arbeitslosenzahlen deutlich gesenkt werden. Die Qualifizierungsmaßnahmen und damit das Element der Befähigung wurde dagegen reduziert.

„Deutschland ist das einzige Land, in dem die Einführung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mit dem Rückbau von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen einhergeht.“¹⁸⁷

Das ist umso dramatischer, da das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland zu einer hohen Korrelation zwischen Bildungsniveau und Beschäftigungstyp führt¹⁸⁸ und Weiter- und Qualifizierungsmaßnahmen daher für geringer qualifizierte Arbeitnehmer existenziell sind um der Arbeitslosigkeit zu entkommen.

Die Ungleichheit der Markteinkommen ist durch deregulierende Arbeitsmarktpolitik, ein Schwinden des gewerkschaftlichen Einflusses und Niedriglohnpolitik in den letzten Jahren stark gestiegen.¹⁸⁹ Von 1992-2006 hat sich der Gini- Koeffizient der Markteinkommen um 10% erhöht. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Entwicklung der Kapitaleinkommen, welche ebenfalls zur Ungleichheit der Markteinkommen beiträgt, hier vernachlässigt wurde. Es konnte in der vorangegangenen Analyse keine Politik identifiziert werden, welche direkt auf die Einkommensverteilung einwirkt. Die Bemühungen die Beschäftigungsquote zu erhöhen könnten positive Effekte erzielen, wenn die Rahmenbedingungen für sichere und „lohnende“ Arbeit erhalten und ausgebaut werden.

¹⁸² Vgl. Dingeldey (2011), S. 76

¹⁸³ Vgl. Dingeldey (2011), S. 63f

¹⁸⁴ Vgl. Dingeldey (2011), S. 63

¹⁸⁵ Vgl. Dingeldey (2007), S. 196

¹⁸⁶ Vgl. Schulten (2005), S. 186, sowie Fuchs (2000), S. 395

¹⁸⁷ Dingeldey (2007), S. 202

¹⁸⁸ Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 168

¹⁸⁹ Vgl. Berthold und Zenzen (2009), S. 21

4.2.2 Großbritannien

In Großbritannien entwickeln sich die Arbeitseinkommen nicht im Trend der europäischen Länder sondern weisen Besonderheiten auf. Die Lohnquote sinkt seit den 70ern in den meisten EU-Staaten, in Großbritannien dagegen ist sie relativ stabil¹⁹⁰ und in den letzten Jahren sogar gestiegen.¹⁹¹ Bei der funktionellen Einkommensverteilung kann daher eine leichte Verschiebung zu den Arbeitseinkommen beobachtet werden.¹⁹² Das ist unter anderem auch auf die Einführung des Mindestlohns („National Minimum Wage“) 1999 zurück zu führen.

Mindestlöhne haben in Großbritannien eine lange Tradition. 1909 wurde unter Winston Churchill der erste Mindestlohn eingeführt und nach dem zweiten Weltkrieg dann für die einzelnen Wirtschaftssektoren „Wage Councils“ die sowohl die Lohnniveaus als auch die Arbeitsbedingungen für die einzelnen Sektoren regelten. In ihrer zweiten Legislaturperiode 1993 löste Margret Thatcher die Mindestlohnregelungen und „Wage Councils“ auf und provozierte damit eine deutliche Umverteilung der Löhne. Zwei Drittel der Beschäftigten erhielten bereits ein Jahr später weniger als der Mindestlohn vorgeschrieben hatte und die Lohnquote erreichte das tiefste Niveau in den Jahren 1960 bis 2010.¹⁹³ 1997 wurde dann die Labour-Regierung gewählt mit dem Wahlversprechen einen Mindestlohn einzuführen, was 1999 geschah.¹⁹⁴ Gründe für die Wiedereinführung des Mindestlohns waren sowohl eine Absicherung des Lohnniveaus als auch eine erhoffte Ausgaben senkung für Transfers und Steuergutschriften.¹⁹⁵ Unterstützt wurde die Wiedereinführung durch die Etablierung der „Low Pay Commission“.¹⁹⁶ Diese untersucht die Wirkungen des Mindestlohns auf die Wirtschaft und den Niedriglohnsektor und gibt Empfehlungen für Anpassungen in der Höhe des Mindestlohns. Bereits kurz nach der Einführung des Mindestlohns in der Höhe von 3,60 Pfund¹⁹⁷, waren positive Effekte für den Niedriglohnsektor zu beobachten, so stiegen umgehend die Löhne von 5,4% der Beschäftigten.¹⁹⁸ Heute sind 4,2% aller Jobs in Großbritannien auf dem Mindestlohnlevel, das seit 2010 bei 5,93 Pfund liegt.¹⁹⁹ Betroffen sind vor allem Teilzeitarbeitsverhältnisse, befristete Beschäftigungen, Beschäftigungsverhältnisse im privaten Sektor, bei kleineren bis mittleren Unternehmen

¹⁹⁰ Vgl. Kowall (2008), S. 9

¹⁹¹ Siehe hierzu auch Abb. 11

¹⁹² Vgl. Kowall (2008), S. 10f

¹⁹³ Siehe hierzu Abb 11

¹⁹⁴ Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 30ff

¹⁹⁵ Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 6

¹⁹⁶ Eine unabhängige Kommission aus neun Mitgliedern, drei aus dem gewerkschaftlichen Bereich, drei Arbeitgeberverteter, zwei Arbeitsmarktökonominnen und ein Vorsitz. Vgl. Kowall (2008), S. 14

¹⁹⁷ Vgl. Low Pay Commission (2011), S. 2

¹⁹⁸ Vgl. Kowall (2008), S. 14f

¹⁹⁹ Vgl. Low Pay Commission (2011), S. 2

und in Niedriglohnbranchen.²⁰⁰ Da besonders die unteren Einkommensklassen vom Mindestlohn profitieren²⁰¹, trägt er zur Reduktion der Einkommensungleichheit bei. Dagegen konnten bisher keine negativen Beschäftigungseffekte festgestellt werden.²⁰²

“The consensus of the research findings on the impact of the National Minimum Wage in the UK is that it has greatly affected the distribution of earnings but that it has not had any significant adverse effect on employment. Instead of cutting employment, some research evidence indicates that firms have attempted to cope with increases in the minimum wage by changing pay structures and reducing non-wage costs; reducing hours; raising prices; or accepting lower profits.”²⁰³

Der Mindestlohn spielt auch deshalb so eine große Rolle, weil auch in Großbritannien der Einfluss der Gewerkschaften zurück geht, ihr Einfluss auf die Lohnfindung und Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen und damit auf die Reduktion der Einkommensungleichheit.²⁰⁴ Die Konservative Regierung verabschiedete zu Beginn der 80er Jahre Gesetze welche die Macht der Gewerkschaften und deren sanktionslose Streikfähigkeit erheblich einschränkten.²⁰⁵ Damit unterstrich sie die abnehmende Bedeutung der Gewerkschaften und verstärkte die Deregulierung des Arbeitsmarktes.

In der gesamten Regierungsperiode von Margret Thatcher wurden Deregulierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Beschäftigungsflexibilität durchgeführt, dazu zählten Gewerkschaftliche Entmachtung, Dezentralisierung der Tarifverhandlungen und Einschränkungen des Kündigungsschutzes.²⁰⁶ Die politischen Ziele der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung dieser Zeit²⁰⁷ trugen erheblich dazu bei, dass sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Großbritannien ausbreiteten. Im Gegensatz zu Deutschland wird Großbritannien als „offenes Beschäftigungssystem“ charakterisiert, indem flexible Verträge vorherrschen und prekäre Beschäftigungsformen treffen daher nicht nur Arbeitsmarkteinsteiger sondern alle Arbeitnehmer.²⁰⁸

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien liegt unter dem europäischen Durchschnitt und ist erst in den mit der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 deutlich gestiegen.²⁰⁹ Als allgemeine Beschäftigungsstrategie wurde bereits Ende der 80er Jahre die „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ etabliert mit einem deutlichen Fokus auf dem Element “Zwang” anstelle von “Befähigung”.²¹⁰ Ziel war es zu Beginn die Sozialausgaben zu verringern

²⁰⁰ Vgl. Low Pay Commission (2011), S. 17f

²⁰¹ Vgl. Kowall (2008), S. 16

²⁰² Vgl. Bosch und Weinkopf (2006), S. 6

²⁰³ Low Pay Commission (2011), S. 66

²⁰⁴ Vgl. Freeman und Katz (1993), S. 24

²⁰⁵ Vgl. Deumelandt (2010), S. 42

²⁰⁶ Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 170

²⁰⁷ Vgl. Deumelandt (2010), S. 82

²⁰⁸ Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 170

²⁰⁹ Siehe hierzu auch Abb. 10

²¹⁰ Vgl. Dingeldey (2007), S. 195

indem „work as the best form of welfare.“ beworben wurde.²¹¹ 1996 wurde der Zwangscharakter noch mal durch eine radikale Reform des Arbeitslosengeldes verstärkt. Die Anspruchsdauer wurde von 12 auf 6 Monate verkürzt und die Transferleistungen insgesamt gesenkt.²¹² Die Labour-Regierung begann dann 1997 die aktivierende Arbeitsmarktpolitik durch das Element der „Befähigung“ zu erweitern.²¹³ Sowie den sozialdemokratischen Versuch umzusetzen, „to make work possible“ (durch Kinderbetreuungsstrategien etc.) und „to make work pay“ durch die Einführung des Mindestlohns und der negativen Einkommenssteuer („Working Tax Credit“).²¹⁴ Premierminister Gordon Brown formulierte 2007 sogar das Ziel „eine klassenlose Gesellschaft“ herzustellen.²¹⁵ Von der ist Großbritannien aber trotz der positiven Wirkung des Mindestlohns auch heute noch weit entfernt, wenn man sich die Entwicklung der Markteinkommensungleichheit anschaut, deren Gini- Koeffizient seit 1977 um 10% gestiegen ist.²¹⁶ Dennoch ist der Mindestlohn als Großer Erfolg für die Einkommensverteilungspolitik Großbritanniens zu verbuchen, da er das Lohnniveau nach unten hin erfolgreich „abgedichtet“ hat.

4.2.3 Im Vergleich

Vergleicht man die Präventivmaßnahmen zur Reduzierung der Ungleichheit bei den Markteinkommen, insbesondere den Arbeitseinkommen, so sind besonders die gegenläufigen Lohnquotenentwicklungen von Deutschland und Großbritannien auffällig. Während der Rückgang der Lohnquote in Deutschland markant ist, verzeichnet Großbritannien eine stabile, leicht steigende Lohnquote.²¹⁷ Dennoch ist auch in Großbritannien die Ungleichheit der Markteinkommen gestiegen was durch Lohnspreizungen und die Verteilung von Kapital und Vermögen erklärt werden kann.²¹⁸ Der Rückgang der Lohnquote in Deutschland kann durch Globalisierung und Deregulierung der Märkte (insbesondere des Kapitalmarkts), aber auch Reformen in Politik und Arbeitsmarktinstitutionen erklärt werden.²¹⁹ So konnte Großbritannien die Lohnquote vor allem dadurch stabilisieren, dass ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wurde und verzeichnete 2010 eine 10% höhere Lohnquote als Deutschland.²²⁰

²¹¹ Vgl. Wright (2011), S. 85

²¹² Vgl. Stierle (2010), S. 50, sowie Dingeldey (2007), S. 195

²¹³ Vgl. Kaufmann (2003), S. 139

²¹⁴ Vgl. Wright (2011), S. 86

²¹⁵ Vgl. Schmid (2010), S.200

²¹⁶ Siehe hierzu Abb. 2

²¹⁷ Vgl. Kowall (2008), S. 22

²¹⁸ Vgl. Horn (2011), S. 56

²¹⁹ Vgl. Glyn (2009), S. 123

²²⁰ Siehe hierzu Vergleich Abb. 11 und Abb. 12

Beide Länder verfolgten in den 80er und 90er Jahren eine Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte und Flexibilisierung der Arbeitnehmer und förderten damit die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.²²¹

Die Bedeutung des Mindestlohns für die unterschiedliche Entwicklung ist vor allem auch deshalb so hoch, da in beiden Ländern der Einfluss der Gewerkschaften und damit der tariflichen Lohnvereinbarungen abnimmt. Normalarbeitsverhältnisse werden reduziert und durch befristete Beschäftigung, Leih- und Teilzeitarbeit ersetzt.²²² Dabei ist jedoch zu bemerken, dass die institutionell verankerte Beschäftigungssicherheit in Großbritannien geringer ist als in Deutschland, wo noch ein relativ stark ausgeprägter Beschäftigungsschutz zu finden ist.²²³

Im Sinne der allgemeinen Beschäftigungsförderung verfolgen beide Länder die „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ als Hilfestellung beim Übergang vom Leistungsbezug in die Erwerbstätigkeit,²²⁴ allerdings in verschiedenen Designs. In beiden Nationen wurde die Arbeitsvermittlung reformiert, um „Zwangelemente“ erweitert und in unterschiedlichem Umfang privatisiert.²²⁵ In Großbritannien wurden parallel Politiken ausgebaut, welche die Arbeitsmarktbefähigung stärken sollten. In Deutschland wurden diese dagegen nur mäßig ausgebaut bzw. teilweise sogar abgebaut.²²⁶ Das ist vor allem deshalb problematisch, da Qualifizierungsmaßnahmen für die propagierte Chancengleichheit eine entscheidende Rolle spielen. Dabei sind nicht nur die qualifizierenden Weiterbildungsmaßnahmen wichtig sondern auch das Bildungssystem hat starke Auswirkungen auf den Grad der Chancen- und Teilhabegerechtigkeit.²²⁷ In Großbritannien ist das Bildungs- und Berufsausbildungssystem wesentlich weniger stratifiziert und flexibler gestaltet als das deutsche, dreigliedrige Bildungssystem. Daher ist auch die Korrelation von Bildungstitel, Arbeitsmarktplatzierung und Entlohnung wesentlich schwächer als in Deutschland.²²⁸ Die Ungleichheit der Markteinkommen ist in Deutschland durch die beschriebenen Politiken gefördert oder zumindest nicht aufgehalten worden. Trotz Mindestlohneinführung und besseren Qualifizierungsmaßnahmen hatte jedoch auch Großbritannien in den letzten Jahren einen Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen.²²⁹

²²¹ Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 169

²²² Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 167

²²³ Vgl. Giesecke (2006), S. 127

²²⁴ Vgl. OECD (2008), S. 312

²²⁵ Vgl. Dingeldey (2007), S. 199

²²⁶ Vgl. Dingeldey (2007), S. 205

²²⁷ Vgl. Giesecke (2006), S. 134

²²⁸ Vgl. Kim und Kurz (2003), S. 174, sowie Giesecke (2006), S. 134

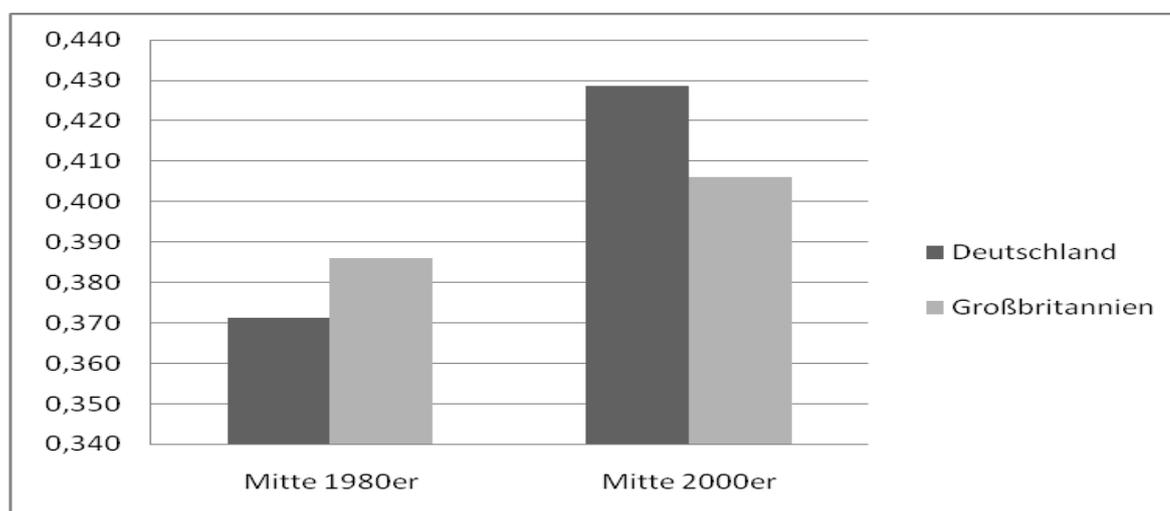
²²⁹ Siehe hierzu Abb. 3

4.3 Die Entwicklung der Einkommensverteilung im Vergleich

Betrachtet man den Trend der Einkommensverteilung lassen sich deutliche Unterschiede erkennen. In Deutschland ist in der ersten Periode von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre der Gini-Koeffizient nur leicht gestiegen. Ab Mitte der 90er Jahre war der Anstieg dann jedoch fast doppelt so stark wie in Abbildung 3 zu erkennen ist. Dieser vermehrte Anstieg ist sowohl durch die beschriebene Politikentwicklung zu erklären als auch durch die Wiedervereinigung 1990, denn die Schwierigkeiten der neuen Bundesländer stellen eine Sonderbelastungen für das Land dar.²³⁰ Das die Einkommensungleichheit in Deutschland mehr als doppelt so stark gewachsen ist wie in Großbritannien lässt sich vor allem darauf zurück führen, dass hier nicht nur die Reichen immer reicher werden sondern durch die Niedriglohnpolitik, die Armen auch immer ärmer.²³¹ Gustav Horn betitelt Deutschland daher als neues „Mutterland der Ungleichheit“.²³²

In Großbritannien dagegen stieg die Ungleichheit um mehr als 5% in den Jahren der konservativen „Thatcherismus“- Regierung, das konnte jedoch in den Folgejahren nicht nur kompensiert sondern sogar leicht korrigiert werden, so dass die Ungleichheit insgesamt seit Mitte der 80er nur um 1% gestiegen ist.

Abbildung 3: Veränderungen in der Verteilung der Haushalts-Markteinkommen (Gini-Koeffizient)



Quelle: Eigene Darstellung, Daten: OECD (2008), S. 80

In beiden Ländern vollzog sich um die Mitte der 70er Jahre ein sozial- und gesellschaftspolitischer Epochenbruch, hin zu sozial-konservativen Regimes damit gewann

²³⁰ Vgl. Kaufmann (2004), S. 67, sowie Fuchs-Schündeln, Krüger und Sommer (2009), S. 49

²³¹ Vgl. Horn (2011), S. 62

²³² Horn (2011), S. 62

Haushaltskonsolidierung Vorrang gegenüber den bis dahin praktizierten Programmen der Konjunkturanhebung durch öffentliche Beschäftigungsprogramme und weiteren Leistungsgesetzen.²³³ Die Umverteilungswirkungen dieser politischen Ideologie waren minimal.²³⁴ 1997 kam dann in Großbritannien mit der Labour Partei wieder eine sozialdemokratische Partei an die Regierung und in Deutschland 1998 mit der SPD und Bundeskanzler Schröder. Allerdings orientierten sich die neuen Regierungen nicht an der alten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sondern an der „Third Way“ Konzeption.²³⁵

„Redistribution, while it might have remained a subliminal value of this and other social democratic parties [gemeint ist die Labour Partei], was down-played in the catch-all rhetoric of the ‘Third Way’ in favour of a notion of participation by all members of society in employment and real income growth.“²³⁶

Die Umverteilungsziele reduzierten sich auf die Sicherung eines Existenzminimums und die Förderung von Chancengleichheit.²³⁷ Die Labour Regierung entwickelte eine sozialliberale Form der Einkommensverteilungspolitik zwischen „aktivierender Arbeits- und Sozialpolitik“ und sozialen Rahmenbedingungen wie der Einführung eines Mindestlohns. Schröder dagegen verschrieb sich für eine kurze Periode vollend dem Neoliberalismus und erhöhte die sozialen Pflichten der Bürger, ohne auch die sozialen Rechte anzupassen.²³⁸

Vergleicht man noch mal die Typologien nach Esping-Andersen lassen sich sowohl Übereinstimmungen als auch Abweichungen feststellen. Großbritanniens Wohlfahrtsstaat entspricht dem liberalen Charakter mit möglichst wenig staatlichen Interventionen, Sozialleistungen konzentriert auf Armutsbekämpfung und einem unregulierten Arbeitsmarkt.²³⁹ Hinzu kommt jedoch ein soziales Moment in der Gestaltung der Rahmenbedingungen wie universelle, soziale Dienstleistungen und der gesetzliche Mindestlohn.

Der deutsche Wohlfahrtsstaat ergänzt die konservativen Elemente der Sozialversicherungen und relativ starker Arbeitsmarktregulierungen²⁴⁰ durch liberale Elemente wie die Niedriglohnpolitik und Senkung des Sozialleistungsniveaus. Durch das soziale Element erreicht Großbritannien eine höhere Umverteilung als durch den liberalen

²³³ Vgl. Butterwege (2009), S. 72

²³⁴ Vgl. Heise (2010), S. 214

²³⁵ Siehe dazu Part 2.2

²³⁶ Leaman (2008), S. 44

²³⁷ Vgl. Roder (2003), S. 40

²³⁸ Vgl. Kowall (2008), S. 23

²³⁹ Vgl. Esping-Andersen und Myles (2009), S. 645f

²⁴⁰ Vgl. Esping-Andersen und Myles (2009), S. 647f

Regimetyp zu erwarten gewesen wäre und der konservative Regimetyp in Deutschland wird in seiner Umverteilungspraxis durch das liberale Element gehemmt.

Die primäre Einkommensverteilung ist in Großbritannien seit den Labourmaßnahmen, insbesondere dem Mindestlohn, erfolgreich in der Reduktion der Ungleichheit bei den Markteinkommen.²⁴¹ Deutschland dagegen unterstützt durch die Niedriglohnpolitik eher noch zusätzlich die Ungleichheit der Markteinkommen indem die Lohnquote, an Gewicht verliert und damit die Kapital- und Vermögenseinkommen, die per se ungleicher verteilt sind an Gewicht gewinnen.

Die sekundäre Umverteilungspraxis hat in beiden Staaten durch das ideologische Paradigma des „dritten Weges“ an Bedeutung verloren.²⁴² In Deutschland spielt der Sozialstaat zwar eine wichtige Rolle bei der Verteilungspolitik allerdings dominiert die Sozialversicherungspolitik und damit horizontale Verteilungspolitik.²⁴³ Vertikale Umverteilung oder ausgleichende Politik zwischen den verschiedenen Einkommensklassen scheint demgegenüber kein zentrales Ziel zu sein.²⁴⁴ Die im Vergleich relativ hohen Sozialausgaben in Deutschland können daher nicht als Indiz für eine starke Einkommensverteilungspolitik gewertet werden und sind nur geringfügig in der Lage die deutliche Markteinkommensungleichheit zu reduzieren.²⁴⁵

Für eine erfolgreiche Einkommensverteilungspolitik sollten sowohl primäre- als auch sekundäre Verteilungsstrategien implementiert werden, da „sich die beiden Strategien am wirkungsvollsten erweisen, wenn sie miteinander kombiniert werden.“²⁴⁶ Für Großbritannien würde das bedeuten, die Steuer- und Transferpolitik stärker an der Einkommensverteilungswirkung zu orientieren und Deutschland müsste insgesamt die Umverteilung von unten nach oben stoppen.

“Sowohl bei der primären Marktverteilung durch eine mindestens produktivitätsorientierte Lohn- und Arbeitszeitpolitik, aber auch durch eine sekundäre staatliche Umverteilung in Form einer grundlegend veränderten Steuerpolitik.“²⁴⁷

Auch wenn beide Länder in ihrer Argumentation für Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit plädieren, wird Einkommensverteilungspolitik nicht überflüssig. Empirische Studien zeigen, dass Chancengleichheit an ähnlichen Faktoren festzumachen ist, wie sie für eine gerechte Einkommensverteilung wichtig sind: Bildungs- und

²⁴¹ Vgl. Kowall (2008), S. 22

²⁴² Vgl. Birkel (2005), S. 6f

²⁴³ Vgl. Kaufmann (2004), S. 61, sowie Esping-Andersen und Myles (2009), S. 647f

²⁴⁴ Vgl. Hölsch (2006), S. 23

²⁴⁵ Vgl. Bundesregierung (2008), S. 15

²⁴⁶ Vgl. OECD (2008), S. 313

²⁴⁷ Bontrup (2010), S. 4

Qualifizierungsmaßnahmen sowie gewerkschaftliche Präsenz auf dem Arbeitsmarkt und umverteilende Steuer- und Transferpolitik.²⁴⁸

Die in 4.2 beschriebene Deregulierung und Flexibilisierungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt, die atypische und häufig prekäre Beschäftigungstypen fördern²⁴⁹, müssen nicht zwingend negative Verteilungseffekte haben. Die Tendenzen lassen sich vermutlich nicht aufhalten, können aber durch soziale Rahmenbedingungen und soziale Sicherungsmaßnahmen begleitet und gestützt werden²⁵⁰, so dass Brüche in der Erwerbsbiographie nicht direkt Einkommen reduzieren und damit soziale Ungleichheit vorantreiben.

Wie sich die Einkommensverteilungspolitik in den folgenden Jahren entwickelt wird spannend. In Deutschland hat die konservative Regierung bisher keine großen Veränderungen gebracht. Die radikalen Kürzungen der Sozialausgaben durch die neue konservative Regierung in Großbritannien kann man dagegen durchaus als Richtungswechsel begreifen.

²⁴⁸ Vgl. Checchi, Peragine und Serlence (2010), S. 17

²⁴⁹ Vgl. Mikl-Horke (2007), S. 327

²⁵⁰ Vgl. Dörre (2006), S. 191

5 Fazit

„Immer weniger Menschen produzieren einen immer größeren Reichtum, an dem immer mehr Menschen immer weniger teilhaben können.“ (Ahbe, 1997)

Die Analyse zeigt deutlich, dass beide Länder mehr tun könnten um die Einkommensungleichheit zu reduzieren. In Deutschland gibt es weniger detaillierte und aktuelle Studien über die Wirkung von nationalen Politiken auf die Einkommensverteilung wie in Großbritannien. Dies ist bedauerlich,²⁵¹ und kann auch als Indiz dafür gewertet werden, dass das Thema weniger stark im politischen Bewusstsein verankert ist.

Während die Politiker das Wachstum der Ungleichheit in Deutschland und Großbritannien nicht bzw. nicht ganz aufhalten, entstehen weltweit in der Bevölkerung Bewegungen, die Wilkinson und Pickett als „kaum aufzuhaltenden ‚Strom‘ zu mehr Gleichheit“²⁵² bezeichnen. Dazu zählen auf der einen Seite der arabische Frühling oder Jugendproteste in Europa, auch insbesondere in Großbritannien, gegen soziale Kürzungen und Demokratieabbau.

„Die steigende Arbeitslosigkeit und die zunehmende Polarisierung von Arm und Reich bereiten den Boden für soziale Unruhen und offene Klassenauseinandersetzungen, wie sie die Moderne noch nicht erlebt hat“²⁵³

Auf der anderen Seite das wenn auch seltene, „schlechte Gewissen der Reichen“²⁵⁴, die seit längerer Zeit Aufrufe starten für eine stärkere Besteuerung ihrer Vermögen.²⁵⁵ Das bestärkt vielleicht die Eingangs genannte These von Berger, laut der wir uns in einer ähnlichen Situation wie vor der Französischen Revolution befinden.

Die politischen Sparprogramme und die Privatisierungen, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise und die dadurch entstandenen Haushaltsdefizite legitimiert wurden, stellen jedoch eine andere politische Haltung dar. Soziale Ausgaben werden in Deutschland, Großbritannien und vielen andern Ländern gekürzt, Steuererhöhungen zur Stärkung der Einnahmen wurden dagegen bisher nicht eingeführt. Die internationalen Sparprogramme reduzieren sich in den meisten Fällen auf eine Ausgabenreduktion. Auch die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte wird verstärkt um nach der Krise keine weiteren Beschäftigungseinbußen zu riskieren. Die Politik der Gegenwart lässt daher für die Einkommensverteilung der nächsten Jahre in beiden Ländern keine positive Prognose zu.

²⁵¹ Vgl. Birkel (2004), S. 25

²⁵² 2009, S. 299

²⁵³ Rifkin (2005), S. 225

²⁵⁴ Vgl. Beck (2010), S. 23

²⁵⁵ Vgl. Liebert (2011), S. 7

Literaturverzeichnis

Abel-Smith, Brian (1992): „The Beveridge Report: Its origins and outcomes“, in: *Blackwell Synergy - Int Social Security Review*, Vol. 45, Nr. 1-2, S. 5-16

Ahbe, Thomas (1997): „Ressourcen-Transformation-Identität“, in: Keupp, Heiner und Höfer, Renate (Hrsg.): „Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung“, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 201-227

Alderson, Arthur S. und Nielsen, Francois (2003): „Globalisierung und die große Kehrtwende: Entwicklung der Einkommensungleichheit in 16 OECD Staaten“, in: Müller, Walter und Scherer, Stefani (Hrsg.): „Mehr Risiken- Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen“, Frankfurt am Main: Campus Verlag, S.323-362

Artus, Ingrid (2007): „Prekäre Interessenvertretung. Ein deutsch-französischer Vergleich von Beschäftigtenrepräsentation im niedrig entlohnten Dienstleistungsbereich“, in: *Industrielle Beziehungen*, Vol. 14, Nr. 1, S. 5-30

Atkinson, Anthony B. (1996): „Incomes and the welfare state. Essays on Britain and Europe“, Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Atkinson, Anthony B. (2003): „Income Inequality in OECD Countries: Data and Explanation“, CESifo Working Paper, Nr. 881, Februar 2003, München: Center for Economic Studies

Bäcker, Gerhard, et al. (2010): „Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung“, 5. Aufl., Wiesbaden: VS-Verlag

BBC (ohne Datum): „1990: Violence flares in poll tax demonstration“ [online] Unter: http://news.bbc.co.uk/onthisday/hi/dates/stories/march/31/newsid_2530000/2530763.stm [abgerufen: 24.08.2011]

Beck, Ulrich (1983): „Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten“ In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): „Soziale Ungleichheiten“, Göttingen: Schwartz Verlag, S. 35-74

Beck, Ulrich (1986): „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Beck, Ulrich (2010): „Nachrichten aus der Weltinnenpolitik“, Berlin: Suhrkamp Verlag

Becker, Irene (2004): „Soziale Gerechtigkeit und Privatisierung von Sicherungssystemen“, in: WSI-Mitteilungen, Nr.9 2004, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung

Becker, Irene und Hauser, Richard (2004): „Soziale Gerechtigkeit- eine Standortbestimmung. Zieldimensionen und empirische Befunde“, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung

Becker, Irene (2005): „Entwicklungstendenzen der personellen Einkommensverteilung in Deutschland“, in: Hein, Eckhard, Heise, Arne und Truger, Achim (Hrsg.): „Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum. Makroökonomische Analysen“ Marburg: Metropolis-Verlag, S. 265-287

- Berger, Johannes (2005):** „Nimmt die Einkommensungleichheit weltweit zu? Methodische Feinheiten der Ungleichheitsforschung“, in: *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Vol. 33, Nr. 4, S. 464-481
- Berger, Roland, et al. (2010):** “The Inequality Puzzle. European and US Leaders Discuss Rising Income Inequality”, Berlin/ Heidelberg: Springer-Verlag
- Berthold, Norbert und Zenzen, Jupp (2009):** „Stochern im Nebel - der Ungleichheit auf der Spur“, in: Volkswirtschaftliches Institut, Discussion Paper, Nr 104, Februar 2009, Würzburg: Universität Würzburg
- Birkel, Christoph (2005):** „Einkommensungleichheit und Umverteilung in Westdeutschland, Großbritannien und Schweden, 1950-2000“, in: Luxembourg Income Study, Working Paper Series, Nr. 425; November 2005, Luxembourg: LIS cross-national Data Center
- Birkel, Christoph (2004):** „Zur langfristigen Entwicklung von Einkommensgleichheit, Armut und Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinten Königreich und Schweden“, in: Der Hallesche Graureiher 2004, Nr. 6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Halle-Wittenberg: Martin-Luther-Universität
- Blau, Francine D. und Kahn, Lawrence, M. (2009):** “Inequality and Earnings Distribution”, in: Salverda, Wiemer, Nolan, Brian und Smeeding, Timothy M. (Hrsg.): “The Oxford handbook of economic inequality”, Oxford: Oxford Univ. Press, S. 177-204
- Bontrup, Heinz-J. (2010):** „Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise“, WISO Diskurs, Dezember 2010, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Bosch, Gerhard und Weinkopf, Claudia (2006):** „Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland?“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Brandolini, Andrea und Smeeding, Timothy M. (2009):** “Income Inequality in Richer and OECD Countries”, in: Salverda, Wiemer, Nolan, Brian und Smeeding, Timothy M. (Hrsg.): “The Oxford handbook of economic inequality”, Oxford: Oxford Univ. Press, S. 71-101
- Breyer, Friedrich und Buchholz, Wolfgang (2008):** „Ökonomie des Sozialstaats“, 2. Aufl., Berlin/ Heidelberg: Springer Verlag
- Bundesregierung (Hrsg.) (2008):** „Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbereich der Bundesregierung“, Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009):** „Beschäftigungspolitik“ [online] Unter: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=054X0H [abgerufen: 26.08.2011]
- Bundeszentrale für politische Bildung (2010):** „Großbritannien diskutiert Sparpläne“ [online] Unter: http://www.bpb.de/themen/OEYBLE,0,0,Gro%DFbritannien_diskutiert_Sparpl%E4ne.html [abgerufen: 19.08.2011]
- Butterwegge, Christoph (2006):** „Krise und Zukunft des Sozialstaates“, 3. Aufl., Wiesbaden: VS-Verlag
- Butterwegge, Christoph (2009):** „Armut in einem reichen Land: wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“, Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Cecchi, Daniele, Peragine, Vito und Serlenga, Laura (2010):** “Fair and Unfair Income Inequalities in Europe”, IZA Discussion Paper Series, Nr. 5025, Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

- Cowell, Frank A. (1995):** „Measuring Inequality“, London et al.: Prentice Hall/ Harvester Wheatsheaf
- Dallinger, Ursula (2011):** „Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich“, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, Vol. 57, Nr. 1, S. 83-110
- Deckl, Silvia (2006):** „Indikatoren der Einkommensverteilung in Deutschland 2003. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“, in: *Wirtschaft und Statistik*, November 2006, S. 1178-1186
- Deumelandt, Kathrin (2010):** „Postfordistische Arbeitsmärkte in Europa. Eine empirische Studie für Deutschland, Großbritannien und Schweden“, (Schriftenreihe: Studien zur Sozialökonomie, Band 1), Magdeburg: Meine Verlag
- Dingeldey, Irene (2007):** „Wohlfahrtsstaatlicher Wandel zwischen „Arbeitszwang“ und „Befähigung“. Eine vergleichende Analyse aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien“, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Vol. 17, Nr. 2, S. 189-209
- Dingeldey, Irene (2011):** „Fragmented Governance Continued: the German Case“, in: van Berkel, Rik, et al. (Hrsg.): „The Governance of Active Welfare States in Europe“, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 62-85
- Dörre, Klaus (2006):** „Prekäre Arbeit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen“, in: *Arbeit*, 2006, Nr. 3, S. 181-193
- Ehlers, Ulrich (2010):** „Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik und Staatsökonomie. Für Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungswissenschaftler“, Aachen: Shaker Verlag
- Engelkamp, Paul und Sell, Friedrich L. (2011):** „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag
- Esping-Andersen, Gosta (1999):** „Social Foundation of Postindustrial Economies“, Oxford: Oxford University Press
- Esping-Andersen, Gosta und Myles, John (2009):** „Economic Inequality and the Welfare State“, in: Salverda, Wiemer, Nolan, Brian und Smeeding, Timothy M. (Hrsg.): „The Oxford handbook of economic inequality“, Oxford: Oxford Univ. Press, S. 639-665
- Fräßdorf, Anna, Grabka, Markus M. und Schwarze, Johannes (2008):** „The impact of household capital income on income inequality—a factor decomposition analysis for the UK, Germany and the USA“, IZA Discussion Paper, Nr. 3492, Mai 2008, Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit
- Freeman, Richard B. und Katz, Lawrence, F. (1993):** „Rising Wage Inequality: The United States versus Other Advanced Countries“, in: Ackermann, Frank et al. (Hrsg.): „The political economy of inequality“, (Schriftenreihe: Frontier Issues in Economic Thought, Band 5) Washington: Island Press, S.21-25
- Fuchs, Tatjana (2000):** „Reichtum“, in: Allmendinger, Jutta und Ludwig-Mayerhofer Wolfgang (Hrsg.): „Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen“, München: Juventa Verlag, S. 383-408
- Fuchs-Schündeln, Nicola, Krüger, Dirk und Sommer, Mathias (2009):** „Inequality trends for Germany in the last two decades : a tale of two countries“, MEA Discussion Papers ; Nr. 184, Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging
- Gabler Wirtschaftslexikon (ohne Datum):** Definition Beschäftigungspolitik [online] Unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/beschaefigungspolitik.html> [abgerufen: 26.08.2011]

Garcia-Peñalosa, C. (2007): „The economics of distribution and growth: Recent issues“, in: Jonung, Lars und Kontulainen, Jarmo (Hrsg.): „Growth and income distribution in an integrated Europe: Does EMU make a difference? 4th Annual Research Conference, 11-12 October 2007“, in: Economic Papers 325, Juni 2008. Brüssel: European Commission S. 1-36

Garfinkel, Irwin, Rainwater, Lee und Smeeding, Timothy M. (2006): „A Re-examination of Welfare States and Inequality in Rich Nations: How In-kind Transfers and Indirect Taxes Change the Story“, in: *Journal of Policy Analysis and Management*, Vol. 25, Nr. 4, S. 897-919

Giddens, Anthony (2001): „Die Frage der sozialen Ungleichheit“, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Giesecke, Johannes (2006): „Arbeitsmarktflexibilisierung und Soziale Ungleichheit. Sozio-ökonomische Konsequenzen befristeter Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland und Großbritannien“, Wiesbaden: VS-Verlag

Glyn, Andrew (2009): „Functional distribution and inequality“, in: Salverda, Wiemer, Nolan, Brian und Smeeding, Timothy M. (Hrsg.): „The Oxford handbook of economic inequality“, Oxford: Oxford Univ. Press, S. 101-127

Groll, Franz (2009): „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Vision einer neuen Wirtschaftsordnung für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden“, Hamburg: VSA-Verlag

Hahlen, Johann (2002): „Entwicklungen des deutschen Sozialstaates- Daten der amtlichen Statistik“, in: *Wirtschaft und Statistik*, Dezember 2002, S. 1044-1055

Heinemann, Friedrich, Kraus, Margit und Mohl, Philipp (2009): „Sozialtransfers in der erweiterten EU. Eine theoretische und empirische Analyse der Ausgestaltung und Verteilungswirkungen von Sozialtransfers unter besonderer Berücksichtigung der osteuropäischen EU-Staaten“ Endbericht Projekt-Nr. S-2006-912-4 im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Heise, Arne (2010): „Einführung in die Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Institutionen, Paradigmen“, (Schriftenreihe: Studien zur Staatswissenschaft, Band 4) Münster: LIT

Henkel, Imke (2009): „Margaret Thatcher. Die Krise kratzt am Denkmal“ [online]
Unter: http://www.focus.de/politik/ausland/tid-14135/margaret-thatcher-die-krise-kratzt-am-denkmal_aid_395580.html [abgerufen: 24.08.2011]

Hills, John (2004): „Inequality and the State“, New York: Oxford University Press

Hirschel, Dierk (2005): „Lohnzurückhaltung schafft keine Beschäftigung. Ein internationaler Vergleich“, in: Hein, Eckhard, Heise, Arne und Truger, Achim (Hrsg.): „Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum. Makroökonomische Analysen“, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 137-161

Hölsch, Katja (2006): „Umverteilungseffekte in Europa. Eine Analyse für ausgewählte Länder“, (Schriftenreihe: Hohenheimer Volkswirtschaftliche Schriften, Bd. 54) Frankfurt am Main: Per Lang Verlag

Horn, Gustav A. (2011): „Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert“, Frankfurt am Main: Campus Verlag

Johansson, Mats (1999): „Empirical studies of income distribution“ Göteborg: Göteborg University

Kaufmann, Franz-Xaver (1997): „Herausforderungen des Sozialstaates“, Frankfurt am Main: Suhrkamp

- Kaufmann, Franz-Xaver (2003):** „Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich“, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Kaufmann, Franz-Xaver (2004):** „Sozialstaatliche Solidarität und Umverteilung im internationalen Wettbewerb“, in: Beckert, Jens (2004): „Transnationale Solidarität“ Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 51-73
- Kersting, Wolfgang (2000):** „Theorien der sozialen Gerechtigkeit“, Stuttgart: Metzler Verlag
- Kersting, Wolfgang (2003):** „Gerechtigkeit: Die Selbstverewigung des egalitaristischen Sozialstaats“, in: Lessenich, Stephan (Hrsg.): „Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse“, Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 105-137
- Kim, Anna und Kurz, Karin (2003):** „Prekäre Beschäftigung im Vereinigten Königreich und Deutschland. Welche Rolle spielen unterschiedliche institutionelle Kontexte?“, in: Müller, Walter und Scherer, Stefani (Hrsg.): „Mehr Risiken- Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen“, Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 167-199
- Korpi, Walter und Palme, Joakim (2003):** „Klassenpolitik und Wohlfahrtsstaatsabbau: Kürzungen von Rechten der sozialen Sicherung in 18 Ländern 1975 bis 1995“, in: Müller, Walter und Scherer, Stefani (Hrsg.): „Mehr Risiken- Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen“, Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 221-256
- Kowall, Nikolaus (2008):** „Einkommensverteilung und Einkommenspolitik im Vereinigten Königreich. Das Labour-Jahrzehnt 1997–2007 empirisch aufbereitet“, in: Abstract Momentum 08, Nr. 2, „Verteilungsgerechtigkeit“, Linz: Verein Momentum
- Külp, Bernhard (1994):** „Verteilung: Theorie und Politik“, 3. Aufl., Stuttgart et al.: Fischer Verlag
- Ladwig, Bernd (ohne Datum):** „Gerechtigkeit und Gleichheit“ [online] Unter: <http://www.information-philosophie.de/?a=1&t=226&n=2&y=1&c=2#> [abgerufen: 22.08.2011]
- Layard, Richard (2005):** „Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft“, Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Leaman, Jeremy (2008):** “Managing Poverty: Great Britain in Comparative Perspective”, in: *Journal of Contemporary European Studies*, Vol. 16, Nr. 1, S.41-56
- Lesch, Hagen (2004):** „Beschäftigungs- und verteilungspolitische Aspekte von Mindestlöhnen“, in: IW-Trends, Nr. 4, 2004, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft
- Liebert, Nicola (2011):** „Reiche fordern: Besteuert uns stärker!“, in: *Die Tageszeitung*, 27/ 28.08.2011, S.7
- Low Pay Commission (2011):** “National Minimum Wage. Low Pay Commission Report 2011”, Norwich: The Stationery Office
- McCarty, Nolan und Pontussen, Jonas (2009):** “The Political Economy of Inequality and Redistribution”, in: Salverda, Wiemer, Nolan, Brian und Smeeding, Timothy M. (Hrsg.): “The Oxford handbook of economic inequality”, Oxford: Oxford Univ. Press, S. 665-692
- Mikl-Horke, Gertraude (2007):** „Industrie- und Arbeitssoziologie“, 6 Aufl., München/ Wien: Oldenbourg Verlag

- Ochel, Wolfgang (2008):** „Der britische Mindestlohn als Vorbild für Deutschland, Vortragsfolien zur Tagung der Akademie für Politische Bildung: Mehr oder mehr gute Arbeit? Erfahrungen in anderen Ländern und Konsequenzen für Deutschland“, Tutzing, 17. Oktober 2008
- OECD (2008):** „Growing unequal. Income Distribution and Poverty in OECD Countries“, Paris: OECD
- O’Farell, Rory (2011):** “Income and inequality”, in: ETUI und ETUC 2011. Benchmarking Working Europe 2011. Brüssel: ETUI und ETUC
- Ohne Autor, (2011):** „Diskussion um Steuersenkung, FDP und Union sind sich einig“ [online] Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/diskussion-um-steuersenkung-union-und-fdp-sind-sich-einig-1.1100214> [abgerufen: 18.08.2011]
- Pimpertz, Jochen, Horschel, Nicole und Schröder, Christoph (2009):** „Soziale Umverteilung in Deutschland: Bestandsaufnahme und Ansätze zu einer rationalen Neukonzeption“, DIW-Analysen, Nr. 49, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft
- Roder, Knut (2003):** “Social Democracy and Labour Market Policy. Developments in Britain and Germany”, London: Routledge Verlag
- Roemer, John E. (2009):** “Equality: its justification, nature, and domain”, in: Salverda, Wiemer, Nolan, Brian und Smeeding, Timothy M. (Hrsg.): “The Oxford handbook of economic inequality”, Oxford: Oxford Univ. Press, S. 23-40
- Rawls, John (1975):** „Eine Theorie der Gerechtigkeit“, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Rifkin, Jeremy (2005):** „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert“, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Nozick, Robert (1974):** “Anarchy, State, and Utopia”, New York: Basic Books
- Schmid, Josef (2010):** „Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme“, 3. Aufl., Wiesbaden: VS-Verlag
- Schulten, Thorsten (2005):** „Gesetzliche Mindestlöhne in Europa- institutionelle Regelungen und ökonomische Konsequenzen“, in: Hein, Eckhard, Heise, Arne und Truger, Achim (Hrsg.): „Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum. Makroökonomische Analysen“, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 185-209
- Sen, Amartya K. (1975):** „Ökonomische Ungleichheit“, Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Sen, Amartya K. (2009):** „Ökonomische Ungleichheit“, Marburg: Metropolis-Verlag
- Sen, Amartya K. (2010):** „Die Idee der Gerechtigkeit“, Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung
- Stierle, Steffen (2010):** „Reichtum & Armut: Eine Verteilungsfrage“, in: Attac Basis Texte Nr. 34. Hamburg: VSA-Verlag
- Stockhammer, Engelbert (2005):** „Arbeitsmarktrigiditäten oder Nachfragemangel? Die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Europa“, in: Hein, Eckhard, Heise, Arne und Truger, Achim (Hrsg.): „Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum. Makroökonomische Analysen“, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 161-185

Teia, Boris (1990): „Ökonomische Ungleichheitsindizes“, Frankfurt am Main: Hain Verlag

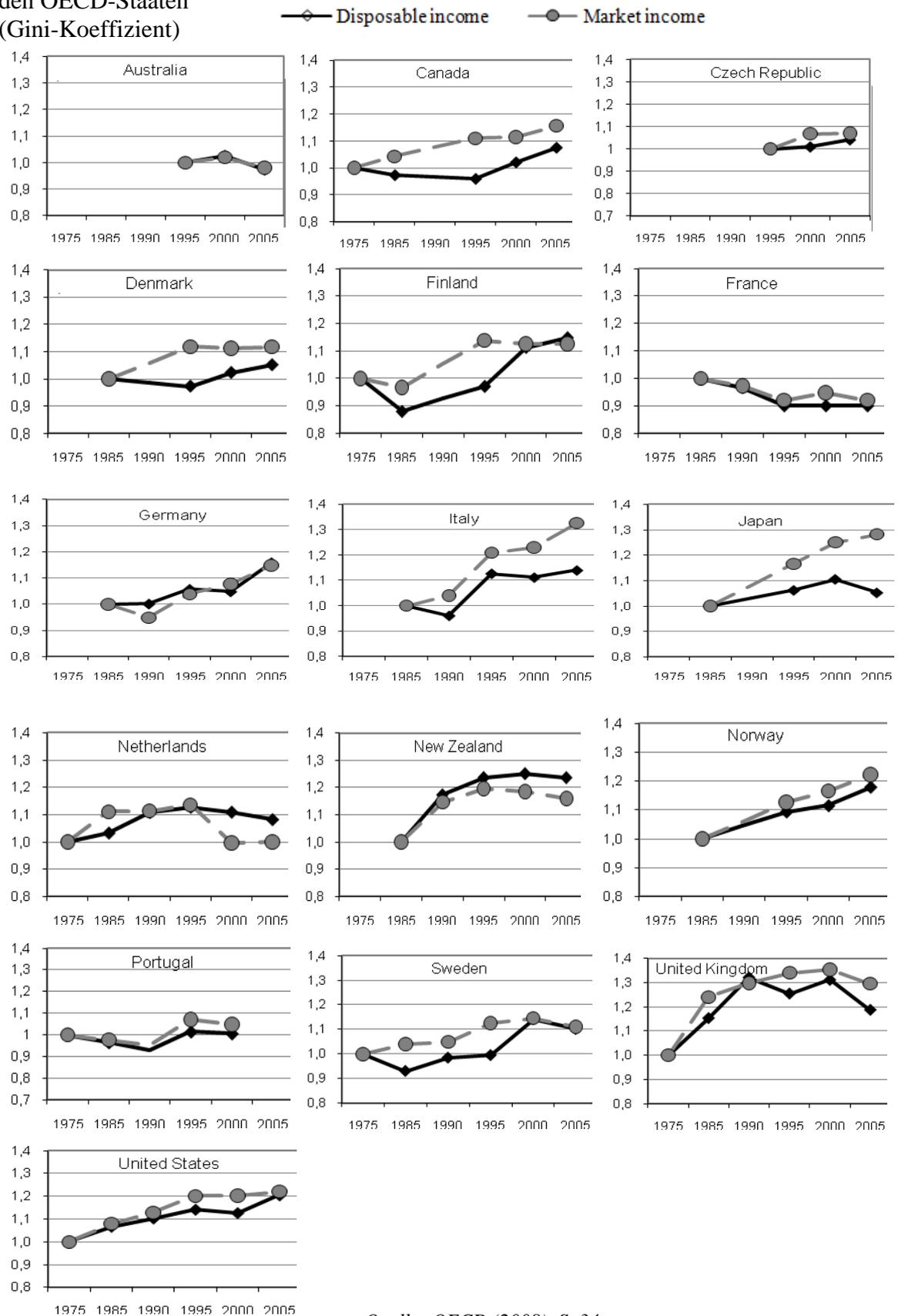
Ullrich, Carsten G. (2005): „Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung“, Frankfurt am Main: Campus Verlag

Wilkinson, Richard und Picket, Kate (2009): „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“, Berlin: Tolkemitt Verlag

Wright, Sharon (2011): „Steering with Sticks, Rowing for Rewards: the New Governance of Activating in the UK“, in: van Berkel, Rik, et al. (Hrsg.): “The Governance of Active Welfare States in Europe”, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 85-110

Anhang

Abbildung 4: Veränderungen der Verteilung von Markt- und verfügbarem Einkommen in den OECD-Staaten (Gini-Koeffizient)



Quelle: OECD (2008), S. 34

Abbildung 5: Steuereinnahmen nach Steuerarten in Deutschland

	2000		2005		2009	
	Mrd. Euro	In %	Mrd. Euro	In %	Mrd. Euro	In %
Steuereinnahmen insgesamt	467,3	100,0	452,1	100,0	524,0	100,0
darunter:						
- Steuern vom Einkommen	204,2	43,7	172,3	38,1	205,6	39,2
darunter:						
- Lohnsteuer	G 135,7	29,0	118,9	26,3	135,2	25,2
- Veranlagte Einkommensteuer	G 12,2	2,6	9,8	2,2	26,4	5,0
- Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	G 13,5	2,9	10,0	2,2	12,5	2,3
- Zinsabschlagsteuer bzw. Abgeltungssteuer	G 7,3	1,6	7,0	1,5	12,4	2,3
- Körperschaftsteuer	G 23,6	5,0	16,3	3,6	7,2	1,4
- Solidaritätszuschlag	B 11,8	2,5	10,3	2,3	11,9	2,3
- Gewerbesteuer	K 27,0	5,8	32,1	7,1	32,4	6,2
- Grundsteuer	K 8,9	1,9	10,3	2,3	10,9	2,1
- Umsatzsteuer	G 140,9	30,1	139,7	30,9	177,0	33,8
- Energiesteuer	B 37,8	8,1	40,1	8,9	39,8	7,6
- Tabaksteuer	B 11,4	2,4	14,3	3,2	13,4	2,6
- Versicherungssteuer	B 7,2	1,6	8,8	1,9	10,5	2,0
- KFZ-Steuer	L 7,0	1,5	8,7	1,9	8,2	1,6
- Erbschaftsteuer	L 3,0	0,6	4,1	0,9	4,6	0,9
- Grunderwerbsteuer	L 5,2	1,1	4,8	1,1	4,9	0,9

Quelle: www.sozialpolitik-aktuell.de

Abbildung 6: Sozialbudget in Deutschland, Leistungen nach Institutionen/Systemen 2008

	Mrd. €	%	% BIP	% 1991 - 2008
Sozialbudget insg. ²⁾	723,4	100,0	29,0	+70,8
<i>Sozialversicherungssysteme:</i>	439,5	61,4	17,6	+73,9
- Rentenversicherung	244,8	32,4	9,8	+83,8
- Krankenversicherung	158,9	21,0	6,4	+71,4
- Arbeitslosenversicherung	28,9	3,8	1,2	-19,0
- Pflegeversicherung	19,1	2,5	0,8	-
- Unfallversicherung	11,9	1,6	0,5	+55,9
<i>Förder- u. Fürsorgesysteme:</i>	133,0	17,6	5,3	+139,7
darunter:				
- Grundsicherung f. Arbeitsuchende	44,2	5,9	1,8	-
- Sozialhilfe	23,5	3,1	0,9	+29,9
- Kinder- und Jugendhilfe	20,6	2,7	0,8	+88,6
- Wohngeld	0,8	0,1	0,0	-68,9
- Erziehungsgeld/Elterngeld	5,1	0,7	0,2	+56,6
- Kindergeld & Familienleistungsausgleich	36,7	4,9	1,5	+251,5
- Ausbildungsförderung	1,8	0,2	0,1	+36,0
<i>Systeme des öfftl. Dienstes:</i>	55,1	7,1	2,1	+54,8
darunter:				
- Pensionen	39,1	5,2	1,6	+68,7
- Beihilfen	11,4	1,5	0,5	+107,9
<i>Sondersysteme</i>	6,6	0,9	0,3	+84,9
<i>Arbeitgebersysteme:</i>	60,6	8,0	2,4	+37,9
darunter				
- Entgeltfortzahlung	27,9	3,7	1,1	+19,7
- Betriebliche Altersversorgung	21,6	2,9	0,9	+67,1
- Zusatzversorgung	9,7	1,3	0,4	+67,9
<i>Entschädigungen</i>	4,1	0,5	0,1	-58,9
<i>Steuerliche Leistungen</i>	34,5	4,6	1,4	+ 27,1

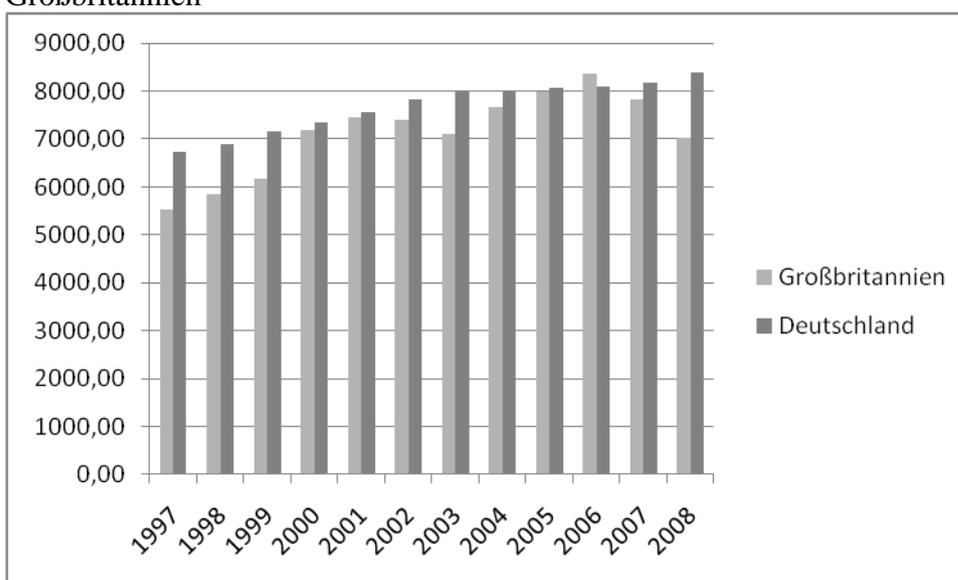
Quelle: www.sozialpolitik-aktuell.de

Abbildung 7: Ausgaben für Soziale Sicherung in Deutschland

	1999		2005		2009	
	Mrd. Euro	in %	Mrd. Euro	in %	Mrd. Euro	in %
Ausgaben insgesamt	246,9	100	259,8	100	292,3	100
darunter:						
Soziale Sicherung	100,3	40,6	133,0	51,2	147,7	50,5
darunter:						
- Leistungen an die Rentenversicherung	60,5	24,5	77,5	29,8	79,0	27,0
darunter:						
- Bundeszuschuss an die allgemeine RV	34,6	14,0	37,5	14,4	38,6	13,2
- Zusätzlicher Bundeszuschuss	8,0	3,2	17,3	6,7	18,7	6,4
- Beiträge für Kindererziehungszeiten	7,0	2,8	11,7	4,5	11,5	3,9
- Bundeszuschuss an die knapp. RV	7,3	3,0	6,8	2,6	6,0	2,1
- Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,9	1,6	3,7	1,4	3,9	1,3
- Bundeszuschuss an die BA/Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	3,7	1,5	0,4	0,2	7,8	2,7
- Arbeitslosenhilfe	15,9	6,4	1,5	0,6	-	-
- Grundsicherung für Arbeitsuchende/ SGB II			35,2	13,5	36,0	12,3
- Kinderzuschlag					0,4	0,1
- Wohngeld	1,9	0,8	1,1	0,4	0,8	0,3
- Erziehungsgeld/Elterngeld	3,5	1,4	2,9	1,1	4,5	1,5
- Kriegsopferversorgung/-fürsorge	5,0	2,0	3,1	1,2	2,1	0,7
- Leistungen an die Krankenversicherung /Abgeltung für versicherungsfremde Leistungen	-	-	2,5	1,0	7,2	2,5

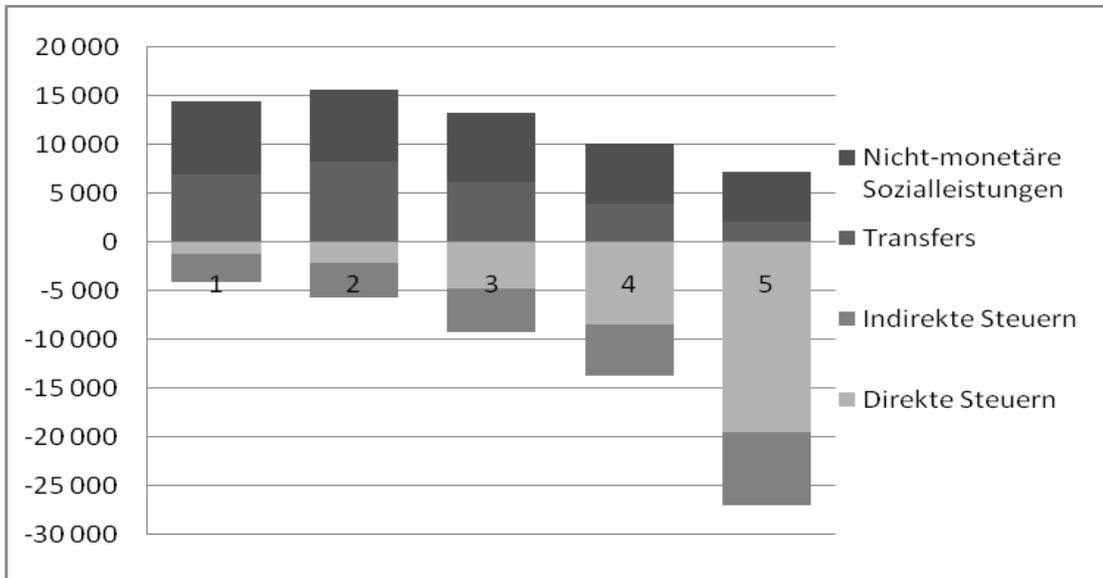
Quelle: www.sozialpolitik-aktuell.de

Abbildung 8: Ausgaben für soziale Sicherung je Einwohner in Deutschland und Großbritannien



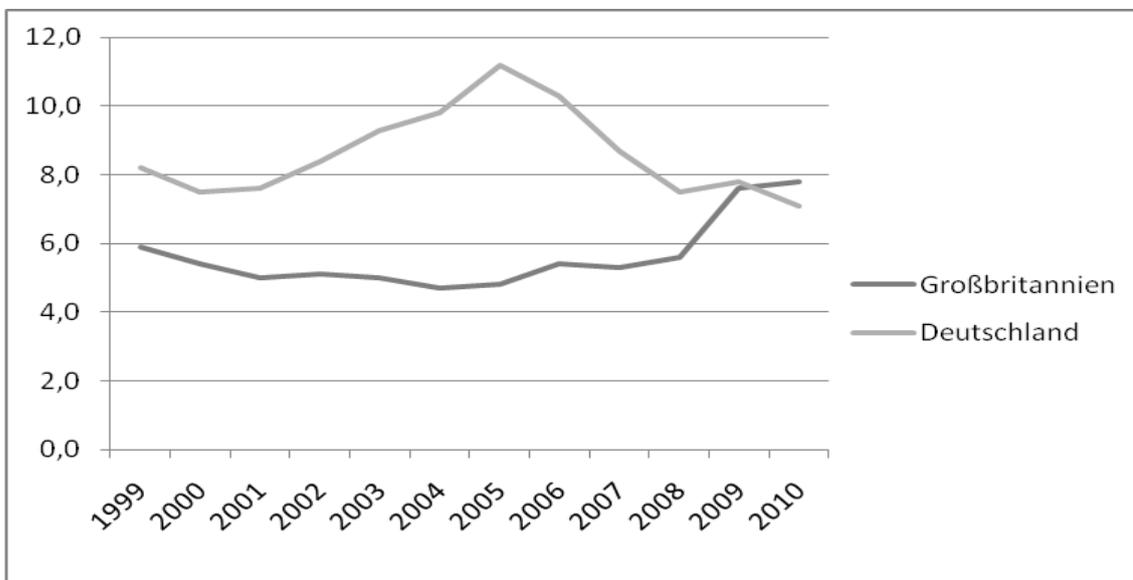
Quelle: Eigene Darstellung, Daten: Statistisches Amt der Europäischen Union

Abbildung 9: Effekte von Steuern und Transfers in Großbritannien 2009/10
 -Die Haushalte sind nach ihren verfügbaren Äquivalenzeinkommen (nach der neuen OECD-Skala gewichtet) in Quantile aufgeteilt-



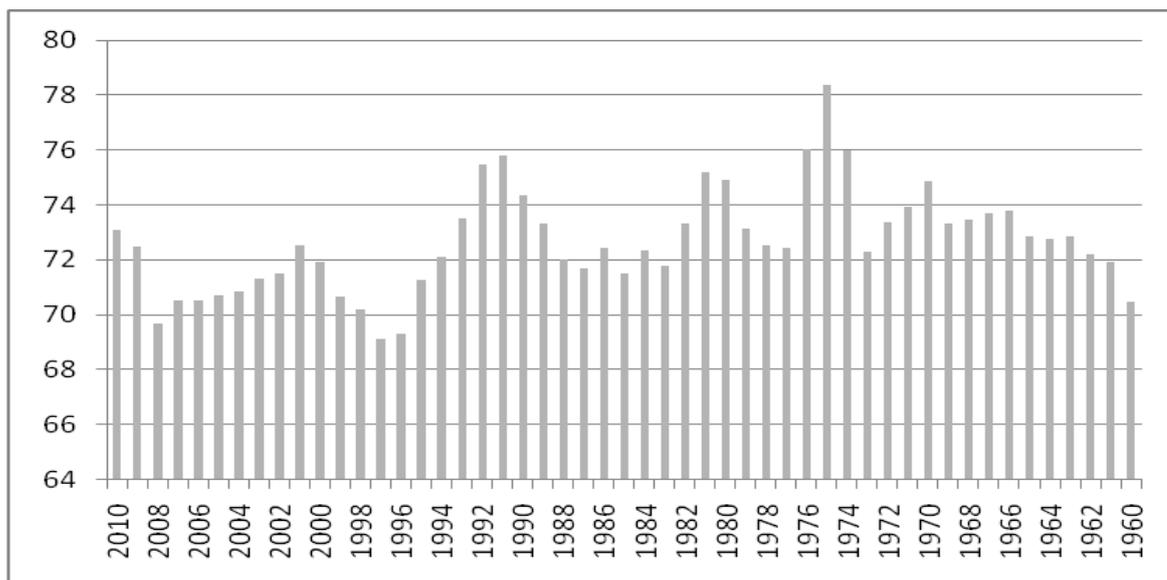
Quelle: Eigene Darstellung, Daten: UK Office for National Statistics

Abbildung 10: Arbeitslosenquote in Deutschland und Großbritannien 1999-2010 (Jahresdurchschnitt)



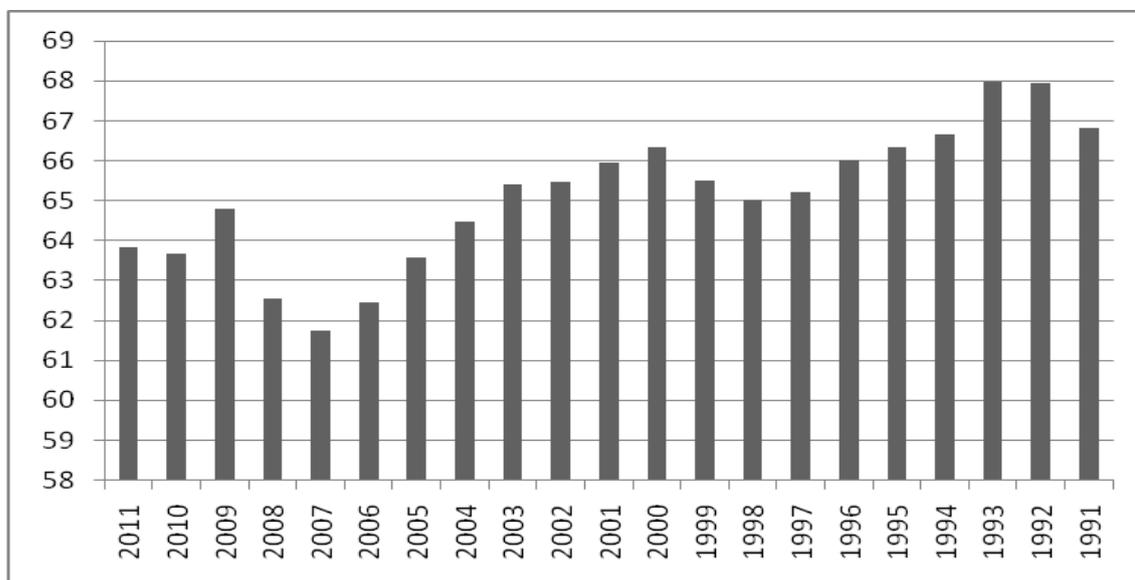
Quelle: Eigene Darstellung, Statistisches Amt der Europäischen Union

Abbildung 11: Lohnquote Großbritannien 1960-2010



Quelle: Eigene Darstellung, Daten: European Commission Economic and Financial Affairs

Abbildung 12: Lohnquote Deutschland 1991-2011



Quelle: Eigene Darstellung, Daten: European Commission Economic and Financial Affairs